

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abschrift unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Erneute Mahnung.

Die ihr tief in Kluft und Schacht
Scharret in der ew'gen Nacht
Und die Felsen sprenget, —
Wann wollt ihr zusammen steh'n
Und den Weg zum Siege geh'n,
Frei und unbeendet? —

Lässt doch endlich ab vom Zwist,
Der euch Mark und Kraft zerstört
Blöde schon so lange. —
Ist es noch nicht an der Zeit,
Soll noch mehr an Not und Leid
Bleichen euch die Wangen? —

Mehr auch noch an Spott und Hohn
Würzen euch die harte Fron
Und den Sinn vergällen? —
O, ich mein' es wär' genug —
Auch an Feuchtelei und Trug,
Um den Baum zu fällen. —

Brüder seid ihr in der Nacht,
Wo die Wetter flammt und kracht;
Seid es auch am Tage,
Seid es auch im Sonnenlicht,
Wenn ihr ledig von der Schicht,
Löst die Bergmannsfrage. —

Wollt ihr, daß die alte Not
Und was neu euch Böses droht
Sich zum Guten wendet,
Dann ist es die höchste Zeit,
Dass den schlimmen Brüderstreit
Selber ihr beendet. —

R. R.

Der oberschlesische Bergarbeiterstreit.

Im Königschütter Bergbau ist die Stunde schlägt wieder eingetreten. Die Streikenden sind bis auf wenige Dutzend Männer wieder an ihre Arbeit zurückgekehrt. Während die Privatgrubenbesitzer sogar die Lohnkommissionen unbestanden einsafieren ließen, war es die fiskalische Bergwerksverwaltung, die es nicht lassen konnte, schärfmacherischer als die schlimmsten oberschlesischen Schärfmacher zu handeln. Der Fiskus duldet keine selbständigen Natura, keinen Arbeiter, der sich des Vertrauens seiner Kameraden erfreut, sie vertritt und mit der Werksleitung zu verhandeln sucht. Der Fiskus ist sich überall gleich, er fühlt sich nur wohl in dem dunklen Gefühl eines alten abgestandenen Patriarchismus, wie ihn der jaarabische Hülfger-Schärfmacherprozeß in der häßlichen Fratze zeigte. Wie sollte man sonst das Vorgehen der fiskalischen Bergwerksverwaltung verstehen? Es ist ebenso erklärend, daß Forderungen seitens der streikenden fiskalischen Bergarbeiter auf der Königsgrube gestellt worden sind, die dem Vater Staat als Arbeitgeber ein sehr böses Zeugnis ausstellen. Der Wunschzettel enthält nicht mehr als 40 Forderungen, u. a.:

„Die Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten muß eine menschliche sein. Auf dem Bahnhofschacht soll der Posten des Obersteiger andersweitig besetzt werden.“

Die „Dortmunder Zeitung“ vom 7. August ist empört über die Forderung der besseren Arbeiterbehandlung, aber diese Empörung richtet sich nicht gegen den fraglichen Obersteiger — den man direkt als: sagen wir harten Vorgesetzten hinstellt — oder gegen die sonstigen Beamten oder gegen den Fiskus und die Werksverwaltung; nein, das Blatt weiß zu berichten, daß unsere Bergarbeiter auf den Gruben wie die Gentlemen behandelt werden (1). Es ist betrübend, meint das Organ, daß unter dem größten Maß von Wohlwollen und Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber Arbeiter solche Forderungen noch stellen können. Schuld aber daran sind die Agitatoren, die selbst Arbeiter unter ihren Kameraden gegen das „Wohlwollen“ hegen und arbeiten. Der so etwas schrieb, hat freilich auch das „Wohlwollen“ einer fiskalischen Grubenverwaltung nicht zu kosten bekommen, hat weit vom Schuß gesessen, sonst könnte er nicht so dummn und frech solche fade Behauptungen in die Welt setzen. Wir haben uns bei den Bergleuten über die „wohlwollende“ Behandlung der Arbeiter auf den Gruben eingehend an Ort und Stelle erkundigt und gefunden, daß die fiskalischen Bergleute sich mit Recht gegen die schlechte Behandlung durch die Beamten wenden. Die schlechte Arbeiterbehandlung liegt in der allgemeinen Verachtung, die man den Arbeitern besonders auf den Gruben entgegenbringt und die alles zu verhindern sucht, was die Arbeiter zu Selbstständigkeit, Selbstbewußtheit und Klasse würden führen kann. Wir betrachten es als einen unerhörten Zustand, wenn z. B. Arbeiter ihre Wünsche schriftlich und mündlich einbringen, und zwar einbringen in der Hoffnung, auf friedlichem Wege etwas zu erreichen, wenn solche Vorlagen und Bitten Christen nicht einmal einer entsprechenden Antwort gewürdigt werden. Und nichts anderes geschah auf den fiskalischen Gruben, die von dem Streit berührt wurden.

Vor Monaten hatten die Arbeiter ihre Wünsche in einer Petition niedergelegt. Hunderte von Unterschriften bedeckten die Petition, kein Partei hatte hier ihre Hand im Spiele. Aber was nicht kam, war die Berücksichtigung der Arbeiterwünsche, nicht einmal von einer Antwort auf die Petition wußten uns die Arbeiter zu erzählen. Nur ein geringes Entgegenkommen seitens der fiskalischen Werksleitungen und der Streit in Königschütte blieb aus. Das muß so oft ausgesprochen werden, als sich gegenseitige Stimmen vernehmen lassen. Der Bergarbeiterverband hätte bei dem Streit auf den hierbei betroffenen Gruben kaum ein Dutzend Mitglieder, die aber noch alles tun mußten, um ihre Mitgliedschaft zu verbergen. Bisherige Maßregelungen zeigten ja, daß die fiskalischen Grubenbetriebe auch in Oberschlesien nichts von einer vernünftigen Organisation ihrer Arbeiter wissen wollen. Für die Herren, die den Fiskus vertreten, steht fast aus-

schließlich das Koalitionsrecht der Arbeiter nur auf dem Papier. Auch die Nichtachtung eines gefährlich gewährleisteten Rechtes bildet ein trauriges Kapitel. Auch das zeigt uns ein Stück Arbeiterbehandlung, wie es nicht schärfer genug verurteilt werden kann. Eine solche Arbeiterbedeutung muß zu wilden, unüberlegten Streiks führen. Wir verurteilen solche wilden Ausfälle, sie sind bei einer gut organisierten Arbeiterschaft wenig möglich, und wenn hier die Werksleitungen nicht direkt und plötzlich provokatorisch auftreten, dann sind wilde Streiks innerhalb einer organisierten Arbeiterschaft geradezu unmöglich. Aber wir können diese wilden Streiks verhindern. Sie werden in Oberschlesien, trotz aller Maßregelungen und Bevormundung fortgesetzt wiederkehren. Das ist bei dem hier vorherrschenden System auch gar nicht anders möglich. Die Werke, die Behörden, die Gesellschaften wie die Presse lassen es zu einer wirklichen Arbeiterschaft nicht kommen. Sie kennen keine gleichberechtigten Arbeiter. Die oberschlesischen Arbeiter müssen unentbehrlich bleiben, sie dürfen noch so roh und ungebildet, ja es kann der Arbeiter der größte Crimper und Tunichtgut sein, er wird in den Augen der oberschlesischen Bevölkerung immer noch höher eingeschätzt werden, als ein Arbeiter, dessen Blick und dessen Verlangen weiteren Raum beansprucht, der sich mit seinen Kameraden zusammenfindet, um für sich und die Familien bessere Lebensbedingungen zu schaffen versucht. Nicht nur der Arbeiter leidet unter dieser Bevormundung, auch ein großer Teil der übrigen Bevölkerung klagt über das oberschlesische System. Die Macht der Gruben- und Hüttenherren reicht nicht nur bis in die Tanglestüben, sondern sie wird überall in Oberschlesien geführt. Die Kette von Gold händigte schon längst die Willensfreiheit wie die berechtigte und gesunde Opposition, nur hat der Arbeiter hier am schlimmsten zu leiden. Wohin es der Arbeiter heute in Oberschlesien gebracht hat, zeigt folgende weitere Forderung der streikenden fiskalischen Bergarbeiter. Es heißt da:

„Das Recht des Direktors und der Beamten, zu jeder Zeit die Wohnung zu betreten, soll aufgehoben werden.“

Wohl gemerkt, diese Forderung mußte jetzt bei dem Königschütter Streik aufgestellt werden. Das Recht der Beamten, zu jeder Zeit, also auch zur Nachtzeit, die Wohnungen betreten zu können, steht prinzipiell gleich mit dem bekannten Recht mittelalterlicher Schnapphähne, die „die erste Nacht“ für sich beanspruchen. Freilich, welter kann die Willkür der Herren und die Bevormundung der Arbeiter nicht gehen. Da ist jeder Kampf der Arbeiter, der sich gegen solche Zustände wendet, berechtigt, gleichviel, ob die dieser Streit wild angefangen oder von der Organisation geführt wird. Wir sind froh, daß die oberschlesischen Arbeiter endlich diese unwürdige Behandlung satt sind. Und ein Skandal ist es, wenn sich noch Leute finden, die den Arbeitern in solchem Kampfe in den Rücken zu fallen wagen, die die Streikenden beschimpfen und beschmücken. Wie hoch steht uns da der streikende Arbeiter über jenen, die für sich beanspruchen, Wissen und Bildung genossen zu haben.

Ebenso bedrückt wie durch die schlechte Behandlung fühlen sich die Arbeiter auch in der Wohnfrage. Wir wissen nicht, welchen geforderten Lohn für die einzelnen Arbeiterkategorien wir für unberechtigt und undurchführbar erklären sollten. Die schlesischen Gruben- und Hüttenmagnaten sind Goldfürsten, die ihresgleichen nicht oft finden. Die Überhälften der bekannten Werke gehen jährlich in die Millionen. Die Kohlenpreise haben sich innerhalb des letzten Jahres um 1 Mk. erhöht, ebenso die Fördertilger. Im zweiten Quartal 1907 wurden in Oberschlesien 7 639 065 T. im Werte von 8,55 Mk. pro Tonne von einer durchschnittlichen Belegschaft von 94 946 Mann gefördert. Das ist eine Werksleistung pro Arbeiter im zweiten Quartal von rund 686 Mk., auf das ganze Jahr verteilt 2744 Mk. Der Arbeiter erhält durchschnittlich keine 1000 Mk. Lohn. Solche Zahlen reizen zur Begehrlichkeit, stehen doch Werksleistung und Arbeiterlohn in keinem anderen deutschen Steinkohlebezirk in solchem Mißverhältnis wie hier. Das enthebt uns an dieser Stelle, auf die Kritik der geforderten Löhne einzugehen. Die oberschlesischen Kohlengruben sind bis auf ganz wenige Ausnahmen wahre Goldgruben. Wenn da ein Hauerlohn von 6 Mk. gefordert wurde, so ist das unseres Erachtens nicht zu hoch gegriffen.

Verlangt wurde die Richtundensicht, Anerkennung der Organisation, bessere Grubentrolle, geringere Strafen, bessere Arbeiterwohnungen, Badeanstalten, gutes Trinkwasser usw. In jeder Beziehung ist Oberschlesien in allen diesen Fragen ein rückständiges Rebier. Oberschlesien muss noch seinen Kritikern hier finden, der der Nachwelt übermittelt, was alles noch unter den Augen der Behörden und frümmer Grubenbesitzer möglich war. Ein deutscher Bola müßte sich finden, um dem „Germinal“ ein Seitenstück zu geben. Ein Material wie um Bildern des Glends dürfte es ihm sicher nicht fehlen. Für den oberschlesischen Bergmann, wie für die Geiegebung ist es hohe Zeit zu sorgen, daß Wiederherstellung wird. Den Bedienherren und ihren Kreaturen fällt es ja nicht ein, freiwillig etwas zu tun, also müssen andere Kräfte mitwirken. Vornehmlich muß der oberschlesische Bergmann verstehen lernen, seine Waffen im Kampf um sein Recht besser zu gebrauchen. Sein Kampf muss ein organisierter werden, seine Kräfte müssen sich auf feste Ziele hin konzentrieren. Der oberschlesische Bergarbeiter muß seine Mittel suchen in der Einigkeit aller Kameraden. Vereinigen sich die oberschlesischen Bergarbeiter in einer kräftigen Organisation, wie es der deutsche Bergarbeiterverband hier ist, dann sieht sich ihre Zukunft. Also organisiert Euch! Ein interessantes Kapitel ist die Stellungnahme der einzelnen Arbeiterorganisationen und Arbeiterführer zu den letzten Streiks. Wir werden hierauf später zurückkommen.

August Brust ist wieder da!

Er nennt den Gewerbeverein „sozialdemokratisch“!

Die Altesten waren „Esel“, wollten sie daraus eingehen. Es darf keine Herauslösung der Bezüge eintreten, es muß vielmehr eine Erhöhung erfolgen.“

„Bergknappe“ vom 10. August 1907.

Wer dirigiert denn eigentlich im Gewerbeverein? Sein Vorstand oder der frühere Vorsitzende, Zentrumsabg. Brust? Das Gewerbevereinsorgan nennt die Altesten, die für Verschlechterungen eintreten,

Anzeigen lassen die siebengeschalteten Alten, z. B. deren Raum 1.—Mark. Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 28maliger Aufnahme 80 Prozent Rabatt.

Telegramm-Adresse: Bergarbeiterverband Bochum.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Anträge an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

„Esel“, verlangt Erhöhung der Bezüge, tritt ein für die in der Gewerbevereinsvorlage gestellten Anträge. August Brust dagegen schreibt in seiner „Emscher-Lippe-Zeitung“ einen Artikel nach dem anderen gegen die Anträge des Gewerbevereins! Wenn schon Herr Brust im Gewerbevereinsvorstand keine Nummer mehr hat, auf die christlichen Altesten im Knapschaftsvorstand“ läßt Brust den dirigierenden Einfluss aus. Wie sich die „christlichen Altesten im Knapschaftsvorstand“ am 6. August v. d. F. verhalten haben, das entspricht genau dem, was Brust ihnen vorschreibt!

Damit kein Mensch uns „Unwahrheiten“ vorwerfen kann, wollen wir den aus den Jahren 1898 und 1904 sattsam bekannten „Knapschaftsreformer“ Brust selbst hören.

Der Mann schreibt, „die sozialdemokratischen Altesten“ hätten beantragt: 1. Erhöhung des Krankengeldes auf drei Viertel des Lohnes. 2. Befreiung der Karenzzeit. 3. Zahlung des Krankengeldes auch an Sonn- und Feiertagen. 4. Verlängerung der Krankengeldzahlung auf die Dauer eines Jahres. 5. Erhöhung des Sterbegeldes auf den dreifachen Betrag des Lohnes. 6. Allgemeine Erhöhung der Pensionssätze für Invaliden. 7. Krankengeld auch an Invaliden. 8. Abfindungssumme für Witwen, wenn sie sich wieder verheiraten. 9. Weitergewährung des Kindergeldes und Erhöhung desselben. 10. Aufrechnung von Renten nur, wenn der Gehaltsbetrag 1200 Mk. jährlich übersteigt. 11. Gewährung der Invalidenrenten ohne Nachweis der Arbeitsunfähigkeit nach 25 Beitragsjahren.

Alle diese Anträge sind nach Herrn Brust „sozialdemokratisch“. Auf einen Menschen, der selbst von sich gesagt hat, das Verleumden seiner Mitmenschen sei sein Geschäft, wird es keinen Eindruck machen, wenn man ihm vorhält, daß ja er selbst im Landtag den obigen Antrag unter Nr. 11 als durchaus berechtigt empfohlen hat. Solche Vorhaltungen schüttelt der Mann einfach ab. Derselbe Brust, der 1500 Mark Jahres-Pension neben seinen Landtagsdiäten (450 Mk. monatlich, solange der Landtag tagt, jährlich 4—6 Monate) und seine sonstigen Einkünfte einsteckt, derselbe Misserthut wendet sich gegen unseren Antrag, eine Pensionskürzung nicht eher vorzunehmen, als bis die etwa zusammen bezogenen Renten 1200 Mk. jährlich übersteigen. Was dieser Brust doch für ein Gemütsmensch ist.

Beim Jahre ist Brust Vorsitzender des Gewerbevereins gewesen, von einem Organisationsvorsitzenden sollte man in erster Linie Hochhaltung der Organisationsbeschlüsse erwarten. Die „sozialdemokratischen Anträge“ entsprechen den von allen Bergarbeiterverbänden in Berlin und Essen einstimmig gefassten Beschlüssen!

Für Herrn Brust ist das nicht maßgebend, er dirigiert die „christlichen Altesten“ im Knapschaftsvorstand gegen die Beschlüsse der Organisationen! Und die Altesten haben dementsprechend gehandelt, sie sind nicht den Vorschlägen der Organisation, sondern dem „christlichen“ Hauptregenten Brust gefolgt.

Die gedruckte Gewerbevereinsvorlage enthält auch die wichtigsten „sozialdemokratischen Anträge!!“ Sehen wir zu, dann finden wir in der Gewerbevereinsvorlage beantragt: 1. Erhöhung des Krankengeldes auf 1/4 des Lohnes. 2. Fortfall der Karenzzeit. 3. Zahlung des Krankengeldes auch an Sonn- und Feiertagen. 4. Bei Unfall sofort Krankengeld (1). 5. Erhöhung des Sterbegeldes auf den dreifachen Betrag des Lohnes. 6. Weiterzahlung des Kindergeldes. 7. Aufrechnung der Pensionen nicht eher als bis die zusammenbezogenen Renten 900 Mk. jährlich übersteigen. 8. Gewährung der Pension nach 25 Beitragsjahren auf Antrag. 9. Der „Bergknappe“ sagt ausdrücklich, nicht Verkürzung, sondern Erhöhung der Bezüge muss eintreten, Altesten die anders stimmen, seien „Esel“.

Also auch der „christliche Gewerbeverein“ hat die „sozialdemokratischen Anträge“ gestellt! Brust nennt diese Anträge „sozialdemokratisch“, bezeichnet damit den Gewerbeverein als eine Organisation, die „sozialdemokratische“ Bestrebungen verfolgt!

Mag sich die Gewerbevereinsleitung mit ihren Herrn Brust auseinandersezten, zu uns gehört er weder gewerkschaftlich noch politisch. Wenn wir behaupten, daß jetzt wieder wie 1898 Brust verwirrend auf seine Anhänger einwirkt, um sie gegen den Willen auch der Gewerbevereinsmitglieder zu Gunsten der Werksbesitzer irre zu führen, so tun wir dem Mann kein Unrecht. Brust operiert wieder (wie 1898 und 1904) mit den „versicherungstechnischen Gutachten“ der Werksvertreter gegen die Anträge der Organisationen, will die Altesten mit der angeblich „unterträglichen Beziehung“ ins Bochhorn jagen, ganz so, wie es die Werksbesitzer wünschen. Als am 29. Dezember 1900 die Werksvertreter in der Generalversammlung den Arbeiterantrag, die Bezüge der älteren Invaliden aufzubessern, ablehnten, da schrieb Herr Brust im „Bergknappen“ vom 5. Januar 1901:

„Man merkt bei einzelnen Werksvertretern geradezu höhnische Grimassen. Als sie (die Werksvertreter) gegen die Gleistellung der Invaliden von vor 1898 stimmten, erschienen aus den Reihen der Werksvertreter zu Gunsten der Werksbesitzer.“ „Haben ein Herz!“ „Haben kein Herz!“ „Haben ein Herz von Stein!“ . . . Höflich wird das beinahe prologische Verhalten der Werksvertreter vollständig erläutert auf die Bergleute einwirken!“

So schrieb der Gewerbevereinsvorsitzende August Brust 1901 über die Werksvertreter. Und heute schreibt er sich die Finger wind, um die von ihm so beschimpften Werksvertreter gegen die Anträge der Arbeiter zu unterstützen. Heute überschüttert Brust die redlich strebenden Arbeitervertreter mit Schmähulben, will sie der Deßentlichkeit als gewissenlos Menschen verdächtigen. Er scheut jetzt schon nicht mehr davor zurück, seine eigene Organisation, den Gewerbeverein, in den „sozialdemokratischen“ Kopf zu werfen, damit nur ja die nach Reformen dürstenden Knapschaftsmitglieder keine gründlichen Statutverbesserungen bekommen. Was dieser Mann schon an dem Wohl der armen Bergleute gefündigt hat, dem will er nun die Krone aufsetzen.

Zum Glück steht heute die Altestenmehrheit in der Generalversammlung standhaft zusammen. Sie lassen sich auch nicht von der wieder (wie 1898) anschwellenden Flut von Einschüchterungen und Verdächtigungsartikeln trennen. Alle Bergleute wollen Verbesserungen, sowohl in den Versammlungen der Verbändler wie in denen der Gewerbevereinsmitglieder, der Hirsch-Dunkerianer und der Polen wird den Altesten der Auftrag

gegeben, in der jetzigen Form gegen den Statutenwurf zu stimmen! Alle ehelichen Arbeitervertreter sind bereit, in sachlicher Beratung an den Entwurf heranzutreten, keiner will „Alles oder nichts“. Die Arbeiter wollen keine Verschlechterungen, daran halten wir fest, allen brüderlichen Rechten zugestehen zum Trost.

Von der Gewerbevereinsleitung gehen Zeitungsartikel aus, die von Beschimpfungen gegen Verbandsmitglieder nur so strohen. Es wird dafür gesorgt werden, dass die Kameradschaft volle Ausklärung über die Vorstandssitzungen erhält. Hier wollen wir jetzt nur eine sehr wichtige Feststellung machen:

Nach der Knapphausbauvorstandssitzung am 6. August war es uns nicht möglich mit unseren Abstesten alle Einzelheiten der Abstimmung zu besprechen. Wir nahmen an, wie früher schon so sei auch am 8. August die Abstimmung geheißen gewesen. Für diesen Fall hatten unsere Abstesten bereitgestellt, zur gegenseitigen Abdankung vor jeder Abstimmung den Stimmzettel zu zeigen. Erst als unser Bericht über die Vorstandssitzung schon gedruckt war, erfuhr ich, dass die Abstimmung eine öffentliche gewesen ist! Unsere Abstesten konnten deurchaus leicht feststellen, dass die Abstesten entweder geschlossen oder teilweise gegen die wichtigsten Anträge der beiden Organisationen mit den Gewerbevertretern gestimmt haben!!! Ein Irrtum, der bei einer Abstimmung mit Sicherheit wohl vorliegen konnte, ist nun bei der öffentlichen Abstimmung völlig ausgeklammert. Wir bitten also jetzt einwandfrei konstatieren: für die wichtigsten, vom Verband wie vom Gewerbeverein gestellten (oben vermerkten) Verbesserungsanträge haben stets geschlossen, nur die Verbandsabstesten gestimmt!!! Daraus ist nicht im geringsten zu rütteln.

Gegen einen von der Gewerbevereinsleitung gegen unseren Kameraden H. verherrlichten, beschimpfenden Zeitungsartikel (der so persönlich beschimpfend abgefasst ist, dass die anständigeren Tagesblätter die hässlichsten Worte geschriften haben!) hat der Beschimpfte folgende Erklärung an die Tagespresse gesandt:

Böhm, den 17. August 1907.

Schr. geckte Redaktion!

Da Sie den öffentlichkeit von der Leitung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter stammenden Angriffsartikel gegen mich veröffentlicht, werde ich wohl nicht vergessen an Ihr Gerechtigkeitsgefühl appellieren, wenn ich Sie bitte, folgenden Abwehrschluss zu ebenfalls Raum in Ihrem Blatte zu gewähren. Ich beschäme mich auf die Hauptbeschuldigungen, um nicht Ihnen Raum ungewöhnlich in Anspruch zu nehmen.

1. Die Verbandsabstesten in der Wurmlinapfshaf haben lediglich Anträge zu dem Statutenentwurf gestellt, die sich stützen auf die best. Beschlüsse der gemeinsamen Bergarbeitertag von Berlin 1905 und Eisen 1906. Die Gewerbevereinsvertretung auf diesen Bergarbeitertagen hat diesen Beschlüssen einstimmig zugestimmt. Wenn jetzt in dem von der Gewerbevereinsleitung ausgehenden Artikel die Anträge unserer Abstesten befürwortet werden, wenn der Artikel seiner die Verbandsabstesten im Wurmlinapfshaf lächerlich zu machen versucht, so geht daraus hervor, dass die Gewerbevereinsleitung die Beschlüsse der gemeinsamen Bergarbeitertag nicht mehr aufrecht erhält. Ich habe in Oberhausen (dasselbe Nachmittags in Altona - Ruh) mitgeteilt: Die Gewerbevereinsabstesten in der Wurmlinapfshaf haben auch für die Berliner zu 25% des Krankengeldes der im Krankenhaus verpflegten Familienärztekosten um 25 Prozent gestimmt. Die Gewerbevereinsabstesten haben außerdem für Fällen der Krankengeldzahlung an 10% der Beträgen gestimmt. Das sind für die Bergarbeiter Verluste in der Höhe von 10% ihres Budgets. Da die Gewerbevereinsleitung in ihrem an eine ganze Reihe Zeitungen verschiedenen Artikel diese ihr bekannte Schade verschweigt, dafür die Verbandsabstesten, die gegen alle Verschlechterungen gestimmt haben, lächerlich zu machen versucht, so erklärt sich die Gewerbevereinsleitung mit der Verschlechterungsfähigkeit ihrer Abstesten in der Wurmlinapfshaf einverstanden.

2. Ich habe weder in Oberhausen (noch in Altona-Ruh) den Gewerbeverein oder die "Gewerbevereinsleitung" angegriffen, sondern insdeutlich betont, dass die letztere in ihrer mir bekannten Vorlage wesentlich dieselben Anträge zum Böhmischen Knapphausbauvorstand statt wie der Verband. Die Gewerbevereinsleitung ist gegen die Verbandsabstesten, sondern auch gegen jüngemäß dieselben Gewerbevereinsanträge gestimmt. Ich habe ausdrücklich gesagt, daran treffe weder den Gewerbeverein noch seine Leitung Schuld. Hätte ich allerdings das aus der Gewerbevereinsleitung stammende Schreiben an die Zeitungen vom 16. bzw. 17. d. M. vorausahnen können, dann würde ich ohne weiteres behauptet haben: Die Gewerbevereinsleitung ist mit der Abschaltung ihrer Anträge einverstanden. Sie nimmt die für tiefgreifende Verschlechterungsanträge eingetretene Gewerbevereinsalteste im Knapphausbau in Schutz, verhöhnt die Verbandsabstesten, die gegen jede Verschlechterung kämpfen. Wer so handelt, dem ist es nicht erstaunlich zu tun um Hochhaltung der gemeinsamen Kongressbeschlüsse.

3. Der Gewerbevereinsauftrag behauptet, ich hätte von "Gewerbevereinsältesten" im Knapphausbauvorstand gesprochen, obwohl ich wusste, dass nur ein "Gewerbevereinsältester" im Knapphausbauvorstand steht. Wediel Gewerbeverein im Knapphausbauvorstand seien, das wissen nicht einmal genau die Gewerbevereinsmitglieder. In der vom Herrn Abg. Brust redigierten "Emscher-Lippischen Volkszeitung" wird nicht von "einem", sondern stets von "dem" Knapphausbauvorstand erwähnt. Im Knapphausbauvorstand berichtet und deren Anträge (eben die Gewerbevereinsvorlage) werden als gemeinsame Aktion "der christlichen Verbandsältesten" bezeichnet. Sollte es denn außerhalb des Gewerbevereins auch noch christliche Abstesten sein? In Oberhausen wie in Altona-Ruh waren zahlreiche Gewerbevereinsmitglieder, auch reedehäuse, in der Versammlung. Hätte ich den Gewerbeverein angegriffen, oder hinsichtlich der Gewerbevereinsvertretung im Knapphausbauvorstand fälschlich gesagt, sicher würde das ein Gewerbevereinsmitglied gleich richtig gesetzt haben. Tatsächlich habe ich gesagt, dass angeblich nur ein Gewerbevereinsältester, und zwar Herr Schäfer, im Knapphausbauvorstand sitze. Die anderen vier Abstesten sollen unorganisiert sein. Über die fünf Nichtverbandsältesten arbeite ich zusammen wie eine Gruppe Gleichgesinnter! Sie stellen gemeinsam Anträge, wählen sich gegenseitig, mit Unterstützung der Betriebsräte, in die wichtigsten Kommissionen; kurzum es ist äußerlich gar nicht zu entdecken, wer von den fünf dem Gewerbeverein angehört oder nicht. In der Vorstandssitzung vom 6. August befinden sich zu Anfang der Schlag zur den Vertretern der Bergarbeiter und sämtliche fünf Nichtverbandsältester in dem Bogen der gedruckten Anträge des Gewerbevereins. Die Verbandsältesten erhalten diese Anträge erst, als die Statutarberatung im Gang war, dagegen waren alle fünf Nichtverbandsältester schon vorher im Besitz der Gewerbevereinsanträge! Die fünf Nichtverbandsältester traten auch meistens zusammen auf. Deshalb sage ich und bleibe dabei: Die fünf Nichtverbandsältester, denen von mir Gewerbeverein die Vorlage zugeleitet wurde, wied man als Gewerbevereinsvertretung betrachten müssen. Ich teile auch noch mit, dass einer der fünf, die als unorganisiert bezeichnet werden, inzwischen gegenüber erklärt hat, er bekomme regelmäßig alles direkt vom Gewerbeverein, was von knapphausbauischen Interessen sei. Unsere Abstesten befassen nicht einmal die gebrochenen Gewerbevereinsanträge, als die Sitzung begann. Keine Unbekannte wird daraus schließen, dass der Gewerbevereinsleitung die "unorganisierten" Verbandsältesten nicht so sehr stehen, wie es jetzt den Anschein haben soll.

4. Da Herr Schäfer der einzige Gewerbevereinsältester im Knapphausbauvorstand sein soll für Langendreis und Kreis vom Gewerbeverein zu stimmen, so ist es von allgemeinem Interesse, wenn ich jetzt alle, die auf Herrn Schäfer gegen die freie Wahlen und gegen die Normierung des Krankengeldes zu bestreiten, gegen die Gewerbevereinswahl, wie vom Gewerbeverein geschildert.

gewesen, so dass jeder Gegner der Reform anträge gestellt werden könnte. Dadurch wissen wir, dass für eine ganze Anzahl Verbands- und Gewerbevereinsanträge nur die zehn Verbandsältesten stimmen, alle fünf Klubvertreter nicht, also auch der über die Gewerbevereinsältesten, stimmen könnten geschlossen gegen die betreffenden, von beiden Organisationen gestellten und gestellten Abstimmungen.

5. Was meine Oberhausen rede mit der Reichstagswahl oder dem Streik von 1905 zu tun haben soll, weiß ich nicht. Wohl aber weiß ich, dass vorwiegend die Gewerbevereinsführer sich überangestrengt haben, um statt mir deren Oberbürgermeister Dr. Karsten in den "Stadtabsatzdaten", das Böhmische Mandat zu verschaffen. Auch weiß ich, dass in dem Projeck, den die Verbandsleitung und ich gegen Herrn Mediator Hantauer von der "Ostener Volkszeitung" führten, auch die Anschuldigung, ich hätte mich in der Essener Vorarlberger Versammlung "verschlagen", "disziplinarwidrig" benannt (ich habe nämlich die Befreiung der Kameraden nicht zur Freiheit zu gehen, sondern den anderen Tag zu erwartenden Beschluss der Gewerbevereinskommission abzuwarten) — auch dieses Verbrechen wurde vor Gericht erörtert.

Zeuge gegen mich war Herr Generalsekretär Effert. Das Prozeßende war die Erklärung des Herrn Mediators Hantauer, er könne keine Verhaftungen nicht aufrecht erhalten. Es ist mir aber noch nie vorgehalten worden, ich hätte mich an der Verarbeitung eines Streiks beteiligt; das wurde beim zweiten Vorstandssitzung des Gewerbevereins, Herrn Kühlmeier, vorgehalten, ohne dass er die Sache vor Gericht richtig stellen ließ. Auch ist mir noch nie vorgekommen, ich längere arbeiterzerstreuter Artikel in die Geheimpresse. Das "Volksblatt" Böhm hat diesen Vorwurf direkt die Herren Generalsekretäre Effert und Behrens erheben. Die Herren haben Gerichtslage angestündigt; das ist nun bald ein Jahr her, aber das "Volksblatt" hat keine Klage erhalten. Grade ich trete stets ein für ein Zusammensein der Bergarbeiterorganisationen. Das ist so allgemein bekannt, dass mich die Gewerbevereinspresse oft höhstlich den "Gesetzspost" nennen und manche meiner Gewerbevereins- und Parteifreunde mich den "Neutraleitätsbündler" titulieren. Gernfels ist mein Freund Sachse einer Eingang freudig genutzt. Warum in der Knapphausbaufrage seit einigen Jahren die Abstesten nicht mehr gemeinsam beraten, darüber werden die Abstesten am besten selbst Auskunft geben. Die Verbandsältesten trifft keine Schuld. Ich persönlich trete trotz älter Verhärtungen ohne Wanken für eine dauernde Eingang der Organisationen ein.

Otto H.ue.

Die Bergarbeiter von Ostrau-Karwin.

Von Dr. Fritz Winter.

Die Mühlen des arbeitsstatistischen Amtes gleichen in mancher Hinsicht den bekannten Mühlen Gottes. Sie arbeiten immer langsam, wenn auch nicht immer sicher. Vor mehr als acht Jahren hatte d. B. Genosse Hueber die erste Anregung zur Erhebung der Arbeitsverhältnisse von Ostrau-Karwin gegeben. Erst zweieinhalb Jahre später wurden die ersten Fragebögen zur Sammlung des Erhebungsmaterials verschickt. Dreieinhalb Jahre bedurfte es, bis der erste Band der Erhebungen erschien. Nach weiteren zweijährigen Wehen ist das Amt endlich mit dem zweiten Band*) niedergekommen. Die Länge der Zeit hat der Arbeit manches Interesse genommen. Die Arbeiten, die praktische Zwecke verfolgen sollen, werden so rein zu historischen. Wir machen damit gewiss nicht den arbeitsstatistischen Amt, sondern lediglich dem Handelsministerium den Vorwurf, in dem jedes Interesse an Sozialpolitik und sozialpolitischen Werken erloschen ist. Wir haben schon in unserer Besprechung*) des ersten Teiles dieses Werkes kein Gehl daraus gemacht, dass die Verarbeitung des vorhandenen Materials von seltenem Geschick in statistischen Arbeiten zeugt. Der vorliegende zweite Band kann dieses Urteil nur bestätigen. Er behandelt sehr mannigfaltige Gegenstände, die statistisch schwer zu erfassen sind. Trotzdem ist die Verarbeitung durchaus gelungen und gibt Aufschluss über manche Gebiete, die noch nicht erforscht sind. Sie beschäftigt sich mit dem Alter und Geschlecht, dem Familiestand, der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder, der Herkunft, der Schulbildung, der Erfüllung der Wehrpflicht, der Dauer der Berufsausbildung, dem Beruf des Vaters, den Wohnungsverhältnissen, der Erwerbung der Wohnung zum Arbeitsort, dem Haushalt und Grundbesitz, Viehstand und Nebenerwerb und den Erkrankungsverhältnissen der Bergarbeiter des Beobachtungsbereichs. Daran schließt sich dann eine Verarbeitung der besonderen Erhebungen in den Wohnungen der Bergarbeiter, die von den Kommunen persönlich bezahlt wurden und eine Erhebung über die Detailpreise der Lebensmittel im Bezirk.

Alle Erhebungen zusammen geben ein selten getreues Bild über die Lebenslage der Bergarbeiter im Ostrau-Karwiner Revier im Jahre 1900. Sie wird sich seither kaum wesentlich verändert haben. In der Besprechung des ersten Teiles des Werkes, der sich hauptsächlich mit den Lohnverhältnissen befasste, ergab sich der Schluss, dass die Mehrheit der Arbeiter ein Einkommen hat, das das von der Personaleinkommen aufgestellte gesetzliche Minimum von 1200 Kronen nicht erreicht. Die Folgen eines derartig schlechten Einkommens zeigen sich nun an den Lebensverhältnissen der Bergarbeiter, wie sie der zweite Teil darstellt. Dies zeigt sich insbesondere an den Wohnungsverhältnissen und an den Erkrankungserscheinungen der Bergarbeiter.

Zunächst sei, um einen Überblick über die Größe der Familie zu haben, festgestellt, dass 83,5 Prozent aller verheirateten und verwitweten Bergarbeiter Kinder im Haushalt hatten. Die Zahl dieser Kinder stieg bei zehn Prozent noch auf fünf, bei sechs Prozent auf sechs in jeder Familie. Die meisten waren unverorgt. Die Wohnungen sind überdies sehr teuer. Die Wohnungen in Häusern, die im Privatbesitz stehen, kosten 6 bis 16 Kronen per Monat, die Mietwohnungen, bei denen der Arbeiter mit dem Aufhören der Arbeit auch die Wohnung verlassen muss, 5 bis 6 Kronen per Monat. Das sind im Verhältnis zu dem kurzen Einkommen der Bergarbeiter sehr teure Preise. Die Ausgaben für die Wohnung in Privathäusern betragen für 33 Prozent dieser Wohnungen, in denen keine Bettgeher sind, 10 bis 20 Prozent des Einkommens, in Wohnungen, die Bettgeher haben, für 68 Prozent derselben 10 bis 25 Prozent des Einkommens.

Die Kleinheit des Einkommens und die Höhe des Mietzinses bedingen daher eine Überfüllung der Wohnungen, wie sie in kaum einer Gegend Österreichs, Galizien nicht ausgetreten, vorkommen. Die Statistik nimmt den Wohnraum zur Erhebungsgrundlage. Darnach kann angenommen werden, dass eine Überfüllung schon dann vorhanden ist, wenn mehr als zwei Personen in einem Wohnraum wohnen. Die Erhebungen ergeben demnach, dass von den einkümmigen 63 Prozent, von den dreikümmigen 39 Prozent und von den vierkümmigen noch immer 17 Prozent überfüllt sind. Dabei kommen einkümmige Wohnungen mit mehr als zehn Personen vor.

Von dem Aussehen dieser Wohnungen erhält man erst einen Begriff, wenn man die Schilderungen liest, die die Erhebungskommissionen von einzelnen besuchten Wohnungen liefern. Da heißt es von einer Wohnung in Mährisch-Ostrau selbst: "Das typische Beispiel einer in frittiler und hygienischer Beziehung gewiss nicht einwandfrei, aber sehr ökonomischen Ausstattung der vorhandenen Schlafräume gelegen ist die Wohnung des Hauers M. in Mährisch-Ostrau. Den einstorigen, im Erdgeschoss eines ebenerdigen Ziegel-

bau eines grösseren Privathofs gelegenen 15 Quadratmeter großen Wohnraum (zugleich Schlafraum und Küche) teilt das Kinderlohepaar mit drei Bettgehern. Für diese fünf Personen sind nur zwei Betten vorhanden, welche in der Weise ausgenutzt werden, dass in dem einen das Ehepaar schläft, das andere hingegen abwechselnd von den drei Bettgehern darunter belegt wird, das nachts nur zwei von ihnen darin schlafen, während ein dritter sich gleichzeitig bei der Arbeit machtlich befindet". Ein anderes Bild: "In einem solid gebauten Haus der Leichgasse in Mährisch-Ostrau führt ein schmaler, finsterer, unter der Treppe beginnender Gang in die Unterkünfte Wohnung des Förberers Stanislaus J. Die Unterkunft ist ein 16,6 Quadratmeter großes Kellerartiges Gebäude mit drei sehr kleinen Fenstern, das nur an der höchsten Stelle 1,8 Meter nicht, sonst aber einer mittelgroßen Person das aufrechte Stehen kaum gestattet. In diesem Raum wohnen das Ehepaar mit einem zweit Monate alten Kind, zwei Bettgeher und eine Bettgeherin. Als Schlafstelle für alle sechs Personen stehen aber nur zwei Betten und eine Wiege zu Gebote. Die Stoff überfüllte Wohnung misst 5 Kubikmeter Luftraum per Kopf, die schon wegen ihrer Unreinlichkeit und der darin herrschenden Armut einen sehr traurigen Eindruck macht, ist höchst ungünstig, denn durch den erwähnten Gang fließt das Wasser von der höher gelegenen Straße ganz ungehindert hinein und durchsetzt das Mauerwerk mit Feuchtigkeit!"

Wie es einem Arbeiter geht, der krank und arbeitsunfähig ist, ersieht man aus einer Wohnungsschilderung in Gabred: "Recht traurig ist das Schicksal eines pensionierten Hauers in Hulsenaken. Der Mann, der brustkrank und augenleidend ist, wurde mit 44 Jahren infolge seiner Armut aus der Arbeit entlassen und musste nun samt seiner Familie von einer kleinen Provision, derer wegen er jetzt noch profitiert, in größter Armut das Leben fristen. Aus der Not, in welcher die Arbeiterfamilie geriet, kamen auch der trostlose Haushalt in der von ihm seit anderthalb Jahren bewohnten Wohnung erklären. Diese besteht aus einer 19 Quadratmeter großen und 55 Kubikmeter fassenden, äußerst dürrig eingerichteten und verwahrlosten Stube, die acht Personen, und zwar das Ehepaar und seine Kinder im Alter von 8 bis 17 Jahren beherbergt. Der Raum enthält für alle acht Bewohner nur zwei Betten und eine Wiege, so dass zwei Kinder auf dem Fußboden und eins auf einer Bank schlafen müssen".

So gehen die Wohnungsschilderungen fort. Da gibt es Wohnungen, die in ehemaligen Pferde- und Kuhställen, ja sogar Schweinställen untergebracht sind, Wohnungen, mittler im grössten Elend und der entsetzlichsten Verwahrlosung, Blumen im Fenster, die oft den einzigen Schmuck dieser Höhlen bilden, und die Sehnsucht nach einem besseren, menschenwürdigeren Dasein symbolisierten.

Und die Riesigkeit dieser Wohnungsverhältnisse? Die Erhebungskommissionen haben sich bemüht, auch Haushaltungsbudgets zu erhalten. Es ist dies nur in einem einzigen Falle gelungen. In diesem einen Budget werden 13 Prozent aller Ausgaben von alkoholischen Getränken verschwendet. Auch in den Wohnungen wurden sehr häufig solche angetroffen. Eine weitere Folge der schlechten Wohnungsverhältnisse und überdies der ungejüngten Arbeitsverhältnisse ist dann die grosse Krankheitshäufigkeit im Ostrau-Karwiner Revier. Sie war bei den meisten Krankheiten durchaus ungünstiger als bei dem gesamten Steinkohlenbergbau in Österreich. Dr. Hans Raas, der Bezirkssarzt von M. Ostrau, hat die Publikation einer interessante Studie angefertigt, in der namentlich der Einfluss der schlechten Wohnungen auf die Gesundheit sämtlicher Bewohner insbesondere betont wird.

So schließt sich der grausame Kreis. Zuerst kommen die niedrigen Löhne, diejenen das Wohnungseigentum herbor. Seine Dediqtivität wird in Brantwein erschaut, der wieder zusammen mit den Wohnungen die häufigen Erkrankungen hervorruft, die die Höhe des Einkommens schwächen. Aus diesen Kreis schließt kein Entrinnen. Nur der Tod rettet davor. Aber es gibt doch eine Gewalt, die diese Ketten zerreißen kann. Es ist die gewerkschaftliche Organisation, die langsam und schwächlich, aber doch sicher, die Bergarbeiter zu einem menschenwürdigen Dasein hinaufführt, die sie das Leben anders ansehen lehrt, als es durch eine Schnapsflasche gelehrt er scheint und die sie lehrt, dass auch die Bergarbeiter ein Recht haben auf all die Herrlichkeiten der Welt, die die Arbeiter für die Grubenbesitzer schaffen.

Deshalb ist sie auch die, die von den Grubenbesitzern am meisten gefürchtet und gehaßt wird. Denn die niedrigen Löhne, die dumpfen Wohnungen, der fordernernde Altkoholgenuss halten die Arbeiter im Banne der Grubenbarone, die gewerkschaftliche Organisation befreit sie daraus.

Bolzwirtschaftliche Rundschau.

Wie der Bolzwirtschaftstand sich „hebt“.

Im „Reichsanzeiger“ werden die Ergebnisse der amtlichen Schlachvieh- und Fleischbeschau in deutschen Reichen mitgeteilt. Danach sind geschlachtet worden im

Zeitpunkt	Pferde und and. Einthus	Schafe
Jahr	Jahr	Jahr
1907	25.360	134.278
1906	37.402	141.078
1905	47.688	155.094
1904	29.005	152.118
1903	48.512	152.270
1902	26.420	153.916
1901	104.051	120.254
1900	29.656	98.568
1999	22.234	117.346
1998	20.234	392.660
1997	28.913	152.705
1996	52.501	140.340
1995	28.827	90.768
1994	44.810	125.143
1993	35.809	403.841
1992	142.214	215.577

Eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist im Juli eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen ist bedeutend größer gewesen wie im Vorjahr. Im Vergleich zum Vorjahr stellte sich nämlich der Antritt der Arbeitsuchenden auf je 100 offene Stellen auf:

1904	1905	1906	1907
Juni . . .	124,1	108,8	102,3
Juli . . .	119,0	110,8	105,4
			94,4
			115,1

Seitdem die Erholung am Arbeitsmarkt die letztergangene Krise abholt, ist, wie die „Arbeitsmarktkorrespondenz“ schreibt, die Vermehrung des Antrittes von Juni auf Juli in keinem Jahre so stark gewesen, wie 1907. So wenig nun gelegen werden soll, daß die gehörmliche Erwartung im Hochsommer in diesem Jahre in ganz besonders hohem Maße eingetreten ist, so darf doch diese Erstcheinung noch nicht als untrügliches Zeichen einer kommenden Krise aufgefaßt werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Herbstansprüche an den Arbeitsmarkt gestalten werden.

Soziale Rechtsprechung und Arbeiterversicherung.

Keine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung! Mindestens innerhalb Jahrzehnte schon ist das Streben aller ernst zu nehmenden Sozialpolitiker auf die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung gerichtet. Im Reichstage ist diese Frage Jahr für Jahr in jeder Sesson zur Sprache gebracht worden. Nach Verhandlungen des früheren Staatssekretärs des Reichsants des Innern, Grafen Posadowsky, zu schließen, war dieser geneigt, zu dieser Reform die Hand zu bieten. Dafür hielt es, die Arbeiter dazu seien schon im Gange. Über Posadowsky ist gestritten worden. Ein anderer Mann ist „Reichsminister für Sozialpolitik“ geworden, von dem das Schafsmachertum bestimmt erwartet, daß er in der Sozialpolitik „nicht zu weit“ gehe. Und nun wird selbstverständlich auch aus der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung nichts! Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben offiziell: „Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß man sich im Tertium befindet, wenn man meint, daß es sich bei der in Aussicht genommenen Maßnahme um die Feststellung jetzt bestehender Versicherungsregeln handelt. Gewiß gab es eine Zeit, in der man daran dachte, die Arbeiterversicherungsorganisation zu vereinheitlichen. Aber auch damals war der Kreis derselbe, die alle drei Kategorien von Versicherungsregeln in eine verschmelzen wollten, doch nur recht klein. Zu maßgebenden behördlichen Kreisen hat diese Idee von Anfang an recht wenig Anklang gefunden. Von einer wirklichen gründlichen Reform der Arbeiterversicherung ist also keine Rede mehr. Offiziell wird angekündigt, daß man offiziell nicht will! Die Einstöße der antisozial-reformatorischen Strömung auf die „maßgebenden Kreise“ kommen zur Geltung.

Zur Reform der Berginspektion.

Schon wieder ein Schluß!

immer neue Massenopfer verlangt der Bergbau. kaum haben sich die Massengräber von Grub Nieden und Mathildenschacht im Saarrevier geschlossen und schon wieder trifft uns die Kunde von einem neuen schweren Unglück. Auf dem Mathildenschacht hat seinerzeit ein Schlußbruch stattgefunden, wodurch der Förderkorb in die Tiefe stieg und die darauf befindlichen 22 Arbeiter erschmettert wurden. Damals hat es eine große Aussehenderung in der Presse sowohl wie in den Parlamenten gegeben, wie der Gefahr der Grubenschäfte vorgebeugt werden kann. Diese ganze Debatte hat aber zu keinem greifbaren Resultat geführt und jedenfalls wird es noch Gefahren von Seiten geben müssen, bis sich die Gesetzgebung zu geeigneten Maßnahmen zur Verhütung derartiger Katastrophen veranlaßt sieht. Wie wir schon in voriger Nummer kurz berichtet haben, rief auf dem zur Mansfelder Kupferschiefer-Gewerkschaft gehörenden Birkelschacht das Förderkorb, wodurch der Förderkorb in die Tiefe stieg und die darauf befindlichen sechs Arbeiter erschmettert wurden. Die Ursachen scheinen auch hier in der überschulden Fördertechnik und vielleicht auch schlechten Stahlmaterial, sowie in den wenig zweckmäßigen Einrichtungen des Fördergeschäftes und der Fördergestelle zu liegen.

Gegen dem sonst üblichen System der Förderung mittelst Spurlatten laufen auf dem Birkelschacht die Fördergestelle in vier Teilen, die durch die Ecken des Körbes hindurchgeführt sind. Der Schacht ist 400 Meter tief. Während der Mansfelder Förderung bei Beginn der Bergarbeiten befanden sich auf beiden Etagen der Körbe anstatt der vorgeschriebenen 11 je 18 Mann. In etwa 250 Meter Tiefe blieb der Korb hängen; einige Füße des Drahtseiles waren gerissen, die abgesetzten Strähnen hatten sich zu einem Knoten geballt, der nicht durch das Führungsschlüssel im Boden des Förderkorbes ging. Der Korb wippte zur Seite und aus der oberen Ecke stürzten die sechs Männer hinunter. Sie waren sofort tot und gräßlich verstümmelt. Ein Mann stieß zurzeit noch in dem zehn Meter tiefen Fahrhügel; um ihn zu bergen, müssen erneut ungeheure Schlammassen beschafft werden.

Bei der Haft, in der sich die Förderung vollzieht, merkt der am Steuer stehende Maschinist das Verlaufen der Maschine nicht, er zieht weiteres Seil abrollen. Endlich gab der Knoten nach; der Korb stürzte brüllend in den Schacht und die noch darin befindlichen 20 Männer wurden sämtlich verletzt. Den meisten sind die Glieder verstaucht und gebrochen, einige haben starke Kopfwunden davongetragen; wieviel davon zeitlebens krippenbleiben werden, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Als ein großes Glück ist es noch zu betrachten, daß das Seil den durchbrennen Staucher ausgehalten hat, sonst hätte es statt 6 gleich 26 Tote gegeben.

Bei der Betrachtung über die neueste Katastrophe im Bergbau ist sofort eines festzustellen: der Korb war überlastet! Doch das ist schließlich nicht so schlimm. Die obere Ecke des Korbes war nicht genügend umfriedigt, wie es für die Menschenförderung vorgeschrieben ist, somit hätten die sechs nicht abstürzen können. Das Maß der Geschwindigkeit läßt sich schwer hinterher feststellen. Doch behaupten die Bergleute, daß sich die Förderung mit unheimlicher Geschwindigkeit vollzogen habe; die Unterforschung bringt darüber hoffentlich Aufklärung.

Die Mansfelder Gewerkschaft ist eine gerame Zeit von größeren Unglücksfällen geblieben. Insolgedessen — und auch wegen der steilen Hanglage nach Altenburg — ist mit Menschenleben in unverantwortlicher Weise gespielt worden. Auch muss daran erinnert werden, daß die millionenreiche, ausgerechnet prosperierende Mansfelder Gewerkschaft 1010 junge Leute von 14 bis 18 Jahren unterirdisch beschäftigt. Durch das traditionell gewordene System der Unterförderung, Bevorwürfung und der Erziehung im Stummum Geiste wagt die Mansfelder Arbeiterchaft sich mit Klagen und Beschwerden nicht an die Obrigkeit. Abgeordneter des Kreises ist der berüchtigte Dr. Kraatz und die Arbeiterorganisationen finden in das Revier nur sehr schwer Eingang.

Um so mehr muß es Aufgabe der Obrigkeit sein, sich mit den Ursachen, die zu dem bedauerlichen Unfall führten, zu beschäftigen. Die „Gießener Zeitung“ — ein Blatt von Gewerkschafts-Grünen — schweigt sich vorläufig aus; offenbar sind ihr die nötigen Informationen „vom oben“ noch nicht zugegangen. Es darf gefordert werden, daß die strengste Untersuchung stattfindet. Vor allem erfordert die Verordnung, wonach Förderkörbe vor jeder Menschenförderung auf ihre Unterschreit und Haltbarkeit zu prüfen sind, doch auch für das Gießener Revier? Und wenn ja, wie könnte eine derart schadhaften Stelle den prüfenden Augen des Beamten entgehen? Diese und noch eine ganze Reihe anderer Fragen zu beantworten, wird Sachar der Untersuchungsbehörde der preußischen Berginspektion sein. Der Beamte für das Revier Gießen hat freilich bis heute noch kein Wort des Todes über die unmenschliche Kinderausbeutung in den seiner Aufsicht unterstellten Betrieben gefunden. Nach den bisherigen Erfahrungen in ähnlichen Fällen (Potsdam, Reden-Mathildenschacht usw.) darf angenommen werden, daß auch hier das Resultat der Untersuchung sein wird: Nicht der Schatten einer Schuld fällt auf die Gewerkschaft und die Bergbehörde. — Oder lautet der Spruch etwas anders?

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Über die Lage des Ruhrkohlengeschäftes orientiert der Bericht des rhein.-westf. Kohlensyndikats. Der rechnungsmäßige Kohlenabzug im Juli 1907 bei 27 Arbeitstagen 6 232 599 To., arbeitstäglich 230 837 To., im Juli 1906 bei 26 Arbeitstagen 5 603 797 To., arbeitstäglich 215 531 To., er hat mitunter im Juli 1907 gegen den gleichen Monat des Vorjahres zugenommen insgesamt um 628 802 To., arbeitstäglich um 15 806 To. gleich 7,1 Proz. Von der Beteiligung, die sich bezifferte im Juli 1907 auf 6 856 821 To., im Juli 1906 auf 6 807 755 To., sind demnach bei einer um 249 066 To. höheren Beteiligungssatz 90,80 Proz. gegen 84,81 Proz. im gleichen Monat des Vorjahres abgesetzt worden. Der auf die Beteiligung anzurechnende Brutt- und Brutt-Umsatz hat betragen: Röts im Juli 1907 insgesamt

1 174 858 To. gleich 108,91 Proz. der Beteiligung bei 21 Arbeitstagen, arbeitstäglich 87 899 To., im Juli 1906 insgesamt 1 089 087 To. gleich 95,88 Proz. der Beteiligung bei 21 Arbeitstagen, arbeitstäglich 82 519 To.; Brilets im Juli 1907 insgesamt 257 300 To. gleich 101,47 Proz. der Beteiligung bei 27 Arbeitstagen, arbeitstäglich 9 838 To., im Juli 1906 insgesamt 216 150 Tonnen gleich 89,71 Proz. der Beteiligung bei 26 Arbeitstagen, arbeitstäglich 8813 To.

Die Vermehrung der Raftware ist eine ständige Sorge des Kali-Syndikats. Eben hat die Aufnahme von Sollstedt und der Deutschen Kaliwerke in das Syndikat einen erbitterten Streit um die Beteiligungssätze nordöstlich beendet, da in beiden sich schon wieder neue Wetteile. „Das Syndikat ist stark bis in's Mark“ sagte sein Vorsitzender. Im Laufe dieses Jahres werden noch 15 Werke sich zur Aufnahme in das Syndikat melden, nämlich: Holdorf, Gütershall, Ludwigshafen, Nordhäuser, Friedrichshall, Hildesheim, Teutonia, Deutschland, Lüdenscheid, Hanau, Silberberg, Wilhelm-Ernst, Siegfried I., Thüringen, Schleiden, Krügerhall und Niedel. Im Jahre 1908 werden voransichtlich weitere elf Werke hinzukommen, nämlich: Siegfried-Giesen, Junimühle, Giersdorf, Hermann II., Sachsen-Weimar, Hattorf, Volkensdorf, Neu-Bleicherode, Rothensee, Reichshof, Wolfsgüld, Salzmünde. Die Werke für weitere sechs Werke sind soweit vorgeschritten, daß sie wahrscheinlich 1909 hinzukommen werden, es sind dies: Adler, Bismarckhall, Hannoversche Kali, Prinz Adalbert, Niedersachsen und Steinforde. Weitere acht Werke haben den Schachtab geschlossen oder in Aussicht genommen, nämlich: Hallese Kaliwerke, Hildesheim, Bonifacius, Hugo, Rudolfus, Reichshof, Hermann und Sophie. Während jetzt bereits 37 Werke dem Syndikat angehören, hat man mit noch 40 neuen Werken für die nächste Zeit zu rechnen. Außerdem bestehen aber noch 100 Gesellschaften, die zum Schachtab übergehen würden, wenn sie könnten.

Die Unzufriedenheit der Bergwerksbesitzer ist grenzenlos. Dieselben Herren, die auch die beschiedenste Wohnförderung der Arbeiter als ein „Werk der Hölle“ bezeichnen und jede Verhandlung abwenden, erhöhen in einem fort die Kohlenpreise. In der „Industrie“ lesen wir: Weitere Kohlenpreiserhöhung in Überschreitung. Wie wir hören, werden unter den oberflächlichen Privatgruben Besprechungen gepflogen über eine neue, für den Winter, also ab 1. September, vorzunehmende Preiserhöhung. Der Winter bringt zwar in der Regel einen Aufschlag für Haushaltsholze. Diesmal aber dürfte dieser Aufschlag größer werden als sonst, wenn die im Gange befindlichen Befreiungen durchdringen. Außerdem geht man mit der Absicht um, auch Industriekosten, die sonst im Winter keine Preiserhöhung zu erfahren pflegen, diesmal mit höheren Preisen zu bedenken. Die Veranlassung zu diesen Erhöhungen hat direkt die leichte Preiserhöhung des Fiskus gegeben. Man geht aber wohl auch nicht fehl in der Annahme, daß, wenn die Preiserhöhungen der privaten Gruben für den Winter durchgehen, der Fiskus unter Verlust auf die privaten Werke zum 1. Januar 1908 abermals mit einer Preiserhöhung herauftreten wird. Und so geht es weiter, ohne die Arbeiter zu bedenken.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.
Von den Gewerkschaftskartellen.

Die Gewerkschaftskartelle sind Bildungen in der Arbeiterbewegung, die, wenn sie sich auf ihre eigentlichen Aufgaben beschränken, notwendige und nützliche Gliederungen der Arbeiterorganisation darstellen. Nachdem die Gewerkschaften sich zumeist straff zentralisiert haben, sind ihnen ohne weiteres Aufgaben zugewiesen, die unter der leichten, losgelösten Gewerkschaftsorganisation, den Gewerkschaftskartellen zugefallen. Obgleich in dieser Sicht die Tätigkeit eingeschränkt wurde, haben die Kartelle nach anderer Richtung an Bedeutung gewonnen und breiten sich immer mehr aus. In welcher Richtung sich die Tätigkeit der freigewerkschaftlichen Kartelle vorzüglich bewegt, ist ersichtlich aus der Statistik, die unsere Generalkommission auch für 1908 über die Gewerkschaftskartelle aufgenommen hat:

Es verausgabten für	1905		1906	
	Kartelle	Mark	Kartelle	Mark
Agitation	358	40 778	419	66 677
Arbeitervertreterwahlen	175	18 787	185	22 374
Statistische Erhebungen	50	2 295	70	5 080
Herbergen und Arbeitsnachsorge	88	10 343	51	5 263
Gewerkschaftshäuser und Versammlungsstätte	46	41 883	46	50 682
Ausflugsförderung, Bibliotheken und Lesehallen	292	128 632	331	157 404
Streiks (aus der Kartellstätte)	204	34 077	214	27 910
Beratung: Gehälter, Miete, Verwaltungsmaterial, Finanzen usw.	281	95 301	408	121 077

Danach entfällt der hauptsächlichste Ausgabeposten auf Ausflugsförderung (Arbeiter-Kartellstätte, Rechtschule usw.) und Bildungsstätte. Für christliche Agitation, Gewerbeberichts- und Kenntnisstättenwahlen wurden fast 90 000 M. verbraucht. Schwerdeutungsvoll ist auch die Beschaffung von Gewerkschaftshäusern und Versammlungsstätten. Für Streiks und Beratung in Lokalen, für die Gewerkschaftskartelle und Gewerkschaften, für die Verwaltungsausgaben, für Streiks, die früher hauptsächlich die meisten Kartellkassen belasteten, wurden nur 27 910 M. ausgegeben, weil heute die Streikunterstützung direkt durch die Gewerkschaftszentralen geschieht. Die Entwicklung der Kartelle von 1901 bis 1908 zeigt folgende Tabelle.

Jahr	Zahl der Kartelle	Zahl der		Streikunterstützung
		aus Gewerkschaft	aus Mitgliedern	
1901	319	3095	481718	58
1902	365	4742	614722	84
1903	387	5207	758728	60
1904	405	5559	924026	44
1905	465	6495	1180940	41
1906	526	7890	1500206	35

Wenn wir über die Tätigkeit unserer Gewerkschaftskartelle berichten, ist es notwendig, auch einen Blick auf gleiche und ähnliche Gärtenungen im gegnerischen Lager zu werfen, um feststellen zu können, wo die besten Fortschritte zu verzeichnen sind. Wir sind natürlich auch hierbei auf die Angaben der Kartelle angewiesen, die aber für das Jahr 1908 im Gegensatz zu früher zutreffend sein dürften, soweit die Kartelle der christlichen Gewerkschaften und die Ortsverbände der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften in Betracht kommen. Es bestehen danach 157 Hirsch-Dunkerische und 180 christliche Kartelle gleichzeitig neben den Kartellen der freien Gewerkschaften. Ueber die Zahl der diesen eingeschlossenen Organisationen liegen nur unvollkommen Angaben vor.

Zöllner, Zentrumsgewerbevereinsführer und Landarbeiterlage.

Als wir uns 1901/1902 energisch gegen eine nahrungswertsteuernde Bergbauung der Lebensmittelsteuer wandten, hielten die namhaftesten Zentrumsgewerbevereinsführer, Giesberts, Brust, Schiffer, Stegerwald usw. den Zöllner. Um die Industriearbeiter für die Zollpläne zu gewinnen, wurde ihnen gesagt, die höheren Zölle würden auf den leicht bezahlten Landarbeiter zugute kommen. Giesberts vor allem versprach, sich mit aller Energie für die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter ins Zeug zu legen. So appellierte man zugunsten der Zöllner an das Klassengefäß der Arbeiter.

Der Zöllner erhält bisher ein männlicher Tagelöhner 1,50 bis 1,70 M. pro Tag bei 12 bis 13, oft auch 14 Stunden Arbeit ohne Rost. Eine weibliche Person 1,20 bis 1,40 M. ohne Rost. Während der Ernte wird wohl einigen Bauern auch die Rost dazu verreicht, aber das dauert höchstens 14 Tage, dann ist es wieder wie zuvor.

Bei diesen schlechten Löhnern läßt überdies die Behandlung,

welche hier manche „Oekonomen“ ihren Tagelöhnen angehören lassen, sehr viel zu wünschen übrig. So wurde oft den Tagelöhnen während der berüchtigten Zöllnerkriegszeit nicht einmal frisches Trink-

wasser bereit stand.

Bei diesen schlechten Löhnern läßt überdies die Behandlung, welche hier manche „Oekonomen“ ihren Tagelöhnen angehören lassen, sehr viel zu wünschen übrig. So wurde oft den Tagelöhnen während der berüchtigten Zöllnerkriegszeit nicht einmal frisches Trink-

wasser bereit stand.

Angesichts solcher Tatsachen soll der gedrückte Tagelöhner auch noch schwigen.

Wir fragen nun jeden rechtlich denkenden Menschen: Ist es möglich,

dass unter solchen Umständen heutzutage ein Familienvater seine

Familie ernähren kann?

Nicht besser, manchmal noch schlechter sieht es mit den Landarbeiter- lagen in anderen Teilen Deutschlands aus. Es war gerade Herr Abg. Gerstenberger, der im Herbst 1908 im Reichstag energisch für Aufrechterhaltung der Grenzposten, der Fleisch- und Viehzölle eintrat. Es war Herr Abg. Gerstenberger, der ausführte, der Fleischzoll der Massen sei normal, Kunden würden neuwohl von der Fleischzähmung. Wenn überhaupt eine Rechtfertigung der Zöllner verfügt werden

Wenn Herr W. (über) dann vielleicht damit renommiert will, daß der Metallarbeiterverband höhere Summen Streikgeld ausgezahlt hat, dann ist das auf die Stütze in der Erde und Bergarbeiter zu stellen, die zuletzt führte, so man an die Großsparscherei erinnert. In Bewegungen wurde er im allgemeinen nur mitgezogen von anderen Verbänden, sonst hätte er vielleicht nicht für seine Mitglieder gekämpft. Wenn man freilich das Geschehen verumt, daß bei Gelegenheit auch nur der kleinste Bewegung gemacht wird, dann kann man wohl, die Leute hätten eine Welt ergreift. Welches und wenige Worte, das trifft auf die Herren in Duisburg vollständig zu. In dieser Belehrung sind gewisse Leute einig".

"Schleichende Mordtäuschung", "schmuglige Weisheitsmutter", "schmuglige Welt", "Angstfester", "Festant" — das sind die Titelwörter, mit denen sich zwei Münchener Jünglinge, die anderen Menschen "höhere Moral" befehligen wollen, befieheln.

Ein weiteres "Ergebnis" von Benten mit "gesetzter christlicher Weltanschauung" liegt uns vor in einem Blatt, das die Versammlung der Katholischen Arbeitervereine im Saargebiet gegen den "christlichen Gewerkschaftsverein" des Bergbauteils schlägt. Vorher hatte die Gewerkschaftsbeteiligung (Plakat) einen Aufruf der "christlichen Gewerkschaft" des Bergbauteils gegen die "katholischen Arbeiter vereine Berliner Machtung" (Vorstand u. a. Bischof Korum, Kaplan Dabring, Pfarrer Meyer usw.). Im Gothaer Blatt finden wir folgende Aussagen:

"Äußerlichensfabrik der sogenannten christlichen Gewerkschaften des Saargebiets", "Schlupflustig", "Panzer der altertümlichsten Götter", "Unwahrheiten und Verdächtigungen", "unstabile Ausbildung", "Angstfester", "derartiger Schmugel", "lassen Sie mich nicht an, Sie machen mich schmugel". Gewerkschaftssekretär Hölkes habe einen der verdienstvollsten katholischen einen Lügner genannt, Pfarrer und nochmal Pfarrer über solche Handlungskraft, die "christlichen Gewerkschaften" brüllten wie eine Rottweil gespannter Teufel", "Schimpfen", "schändlicher Arbeitsercerent", "Edel", "Gauherden der christlichen Gewerkschaften". . .

Was wollen anführen, es ist genug. So beschimpfen und befieheln sich führende Berufsführer im altenchristlichen Lager vor aller Welt. Und wissen "Ständer" befreit zu der "stilischen Weltanschauung" der Schlupflustigen. Unter einander halten sie sich wie die Straßenjungen, welche sich ständig die Kleider (baldig gesprochen) vom Leibe. Das geht nun schon jahrelang so. Da kann man wirklich verstehen, wenn ein auf Reinlichkeit hankender Mensch sagt: "bleiben Sie mir vom Leibe, Sie machen mich schmugel".

Internationale Rundschau.

Über erstaunlichen Fortschritt der österreichischen Bergarbeiterorganisation berichtet das Organ für seine deutschsprachenden Mitglieder, der "Glück auf". In dem zweiten Quartal 1907 sind 8517 Mitglieder neu gewonnen worden. In welcher Weise die Fachpresse (deutsch, polnisch, tschechisch, slowenisch) sich entwickelt, darüber schreibt der "Glück auf": Die Auslage des Fachblattes "Glück auf" betrug am 11. April 8000 Exemplare. Im zweiten Quartal hat sich die Auslage, d. h. der Bezug der obligatorischen Blätter folgendermaßen verändert:

Revier	Stand im März	Ende
Prag-Teplice-Kromotau	1476 Exemplare	1881 Junnahme 405
Kostenau-Elbogen	1453	1647 Junnahme 194
Mies-Wilzen	814	348 Junnahme 466
Alpenländer	2323	2295 Junnahme 30
Ostpreußen	124	126 Junnahme 2
	8190 Exemplare	8295 Junnahme 105

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die Auslage um 105 Exemplare zunommen hat, trotz der starken Abnahme im Wiener Revier. Der kleine Rückgang aus den Alpenländern wurde nur durch die Auswanderung verursacht. Der Stand des Fachblattes "Glück auf" war am Abschluß des zweiten Quartals folgender:

Mährisch-Ostrau	7682 Exemplare, Junnahme 375
Sladno-Schaut	1562 " Junnahme 262
Mies-Wilzen	1124 " Junnahme 303
Böh.-Tschech.	998 " Junnahme 208
Nord-Ostlanden	891 " Junnahme 249
Falkenau-Elbogen	131 " Junnahme 19
Alpenländer	88 " Junnahme 53

Nach anderen Revieren gehen 218 Exemplare, sobald die Auslage des "Glück auf" 12.000 Stück beträgt. Die Junnahme gegen das erste Quartal beträgt somit 1175 Exemplare. Die gegenwärtige Auslage des "Glück auf" beträgt 12.000 Exemplare. Unser polnisches Fachblatt "Gornik" hat gegenwärtig eine Auslage von 8200 Exemplaren, davon 2440 im Mährisch-Ostrauer und 3418 im Karviner Revier bezogen werden. Nach Galizien gehen ungefähr 290 polnische Fachblätter. Die Fluktuation (Wechsel) unserer Mitglieder ist eine ziemlich starke, was vorwiegend durch die Auswanderung verursacht wurde. Aus dem Stand der Fachpresse ersehen wir aber, daß die Zahl der Mitglieder bedeutend zugenommen hat. Die Zahl der polnischen, deutschen und tschechischen Mitglieder betrug nach dem Stand der Fachpresse über 25.000. Hierzu kommen noch die Slowenen, Serben, Kroaten und Italiener. Ferner die große Zahl der Analphabeten, die keine Zeitung beziehen. Ein großer Prozentsatz von Analphabeten befindet sich auch unter den polnischen und tschechischen Mitgliedern, die ebenfalls kein Fachblatt beziehen. Daß die Zahl der Analphabeten eine bedeutsame ist, ist daraus ersichtlich, indem die Zahl der zahlenden Mitglieder im März d. J. weit über 31.000 stand, während die Zahl der zeitungslgenden Mitglieder nach dem Stand der Presse (Inklusive der Südländer) zirka 26.200 betrug. Ganz bedeutend war der Mitgliederzuwachs in dem laufenden Monat Juli, wie aus der Mehrabnahme der Fachpresse hervorgeht. Die Auslage des "Glück auf" betrug Ende Juni 1905 und diese Nummer des "Glück auf" wird in 7700 Exemplaren gebracht. Von "Glück auf" wird uns berichtet, daß dessen Auslage mit Abschluß dieses Monates 13.000 erreichen wird. Das ist natürlich nur ein teilhaftiger Uebersicht, denn die genaueren Mitgliedsziffern vom Standpunkt des Klassiers betrachtet, können leider noch nicht angegeben werden. Unsere Ortsgruppenfunktionäre sind nicht so schnell mit der Abrechnung an die Zentrale. Einen bedeutenden Aufschwung hat die Union im böhmischen Brunnlohsbergbau genommen und speziell im Teplicer Revier. Im letzteren Revier wurden in den letzten Wochen eine große Zahl neuer Fachstellen errichtet und für mehrere Ortsgruppen sind die Statuten eingereicht worden. Innerhalb weniger Wochen sind über 600 Neuanträge gemacht worden. Die bestehenden Ortsgruppen haben sich bedeutend verstärkt und es ist die begündete Hoffnung vorhanden, daß die Zahl der Beitretenen auch fortwährend steigt. Die Herren Anträge geben selber zu, daß ihr Einfluß bedeutend abnimmt, denn sie gründen die Union auch dort Zahlstellen, wo diese Leute bisher vollkommen das Feld beherrschten. Auch die Gleichgültigen sehen ein, daß mit anarchistischen Phrasen die Lage der Bergarbeiter nicht gehoben wird. Damit vorwärts, auf zur Agitation für eine einzige und gefüllte Zentralorganisation!

Österrreich. Neben die Lohnbewegung der österreichischen Bergarbeiter, von der wir schon in den drei letzten Nummern unserer Zeitung berichteten, wird uns von unserem Vertragsstatter geführt: "Die Lohnbewegung im Brüder-Teplice-Kromotauer Revier ist zum größten Teil abgeschlossen, mit Ausnahme von einzelnen kleinen Schächten, wo bisher keine oder nur unzureichende Angriffsstärke genutzt wurden. Auf viele solche kleinen Schächte haben vorher Wache bereitstehen, bis zweitägige Streiks stattgefunden, wobei in allen Fällen eine zehn- bis fünfzigprozentige Lohnzehrung erzielt wurde. Im allgemeinen schwankt die erzielte Lohnzehrung zwischen fünf und 15 Prozent, wie die staatlichen Werke haben eine Lohnzehrung von 25 Prozent gewährt. Sonstens für die Schichtschläuber ist diesmal die Lohnzehrung eine höhere und beträgt in einzelnen Fällen bei Weitem, Blasensteinen und Grubenarbeiterungen 20-30 Prozent. Im Teplicer und Elbogen Revier wurde nahezu daselbe befohlige, doch wachsen sich die Arbeiter dort damit nicht zufrieden geben, weil sie die Kraft sind, daß bei der momentanen Gleichgewichtsschaltung die mehrere bestreitenden und die Zechen auch nicht bearbeiten können. Wenn man den zuvor vordringlich und flotten Geschäftsgang und die hohen Kohlenpreise in Betracht zieht, sind die gemachten Zugeständnisse ja allerdings sehr minimal, aber es wäre doch natürlich ungünstig, wenn es die Bergarbeiter unter diesen Umständen an einem Streik kommen ließen. Anders wäre es ja gewesen, wenn die Grubenbesitzer die sämtlichen Forderungen und Forderungen jedes Engagierten von vorherem abgelehnt hätten. Im Elbogen Revier würde es noch einige kleinere Streiks geben. Auch im Brüder Revier ist es nicht ausgeschlossen, dass die Amalgatisen oder Unabhängigen noch einige kleinere Streiks heranzutragen, man ist bei diesen ja vieles gewohnt. Doch werden diese Streiks nur unbedeutend sein, denn meistens solche Parteien an ihrer Disziplinlosigkeit. Im Mährisch-Ostrau

ist die Sache noch nicht entschieden, doch erklären sich die Unternehmer dort schon bereit, mit den Arbeitern in Unterhandlung zu treten, und zwar über alle vorgelegten Forderungen, sodass auch dort eine Vereinbarung zu erwarten ist. Wie man sieht, ist die Situation für die Bergarbeiter in Österreich verhältnismäßig günstig.

Ein internationaler "christlicher Textilarbeiter-Kongress" hat unter dem Vorsitz des Centralabgeordneten Schiffer getagt in Berlin. Wir erinnern uns noch alle, wie die "christlichen" früher das Abhalten internationaler Arbeiterkongresse als "vaterlandslos" denunzierten. Sehr bezeichnend ist folgende Aussage der "christlichen Bauernschaft":

"Wie die Menschenangenehme der Trustmagnaten alles zu umfassen versucht, legt nachfolgender Bericht der "Osen-Zeitung" klar:

"In den letzten Tagen des Monats Juni hat in Paris eine Konferenz der großen Stahlhütten-Fabriken Deutschlands, Englands, Frankreichs und Belgien stattgefunden, der auch Wm. C. Cory, der Präsident der U. S. Steel Corp., zugezogen worden war, und dieser leichtere Umstand verleiht dieser Konferenz umso größere Bedeutung, als Cory eigentlich ihr nach Paris gereist war. Bekanntlich besteht zwischen den großen Stahlhütten-Fabriken Europas eine Vereinbarung bezüglich des Anteils jedes Landes an dem Weltgeschäft und diese Vereinbarung ist jetzt auf weitere fünf Jahre verlängert worden. Nun kommt von Paris die Meldung, Cory habe an den Verhandlungen in Vertretung der größten Stahlhütten-Produktionen eine monatliche Rente für eine ganze Familie von zehn und schreibe 2,25 Mt. festgesetzt haben. Soviel soll nämlich die niedrigste Rente in der vierten Klasse pro Monat betragen, während sie in der höchsten (Hauer) Klasse 4,00 Mt. betragen soll, wenn die Bergbehörden auf ihrem gesetzlichen Standpunkt bleiben.

Dann soll die ganze Sache beendet sein. Das ist aber gerade das Gefährliche für die Arbeiter. Leider scheint und jetzt der ganze Kongress mit der Bergbehörde als ein ganz schlaues Scheitern anzuzeigen.

Bei weiterem "Ergebnis" von Benten mit "gesetzter christlicher Weltanschauung" liegt uns vor in einem Blatt, das die Versammlung der Katholischen Arbeitervereine im Saargebiet gegen den "christlichen Gewerkschaftsverein" des Bergbauteils schlägt. Vorher hatte die Gewerkschaftsbeteiligung (Plakat)

einen Aufruf der "christlichen Gewerkschaft" des Bergbauteils gegen die "katholischen Arbeiter vereine Berliner Machtung" (Vorstand u. a. Bischof Korum, Kaplan Dabring, Pfarrer Meyer usw.). Im Gothaer Blatt finden wir folgende Aussagen:

"Äußerlichensfabrik der sogenannten christlichen Gewerkschaften des Saargebiets", "Schlupflustig", "Panzer der altertümlichsten Götter", "Unwahrheiten und Verdächtigungen", "unstabile Ausbildung", "Angstfester", "derartiger Schmugel", "lassen Sie mich nicht an, Sie machen mich schmugel". Gewerkschaftssekretär Hölkes habe einen der verdienstvollsten katholischen einen Lügner genannt, Pfarrer und nochmal Pfarrer über solche Handlungskraft, die "christlichen Gewerkschaften" brüllten wie eine Rottweil gespannter Teufel", "Schimpfen", "schändlicher Arbeitsercerent", "Edel", "Gauherden der christlichen Gewerkschaften". . .

Was wollen anführen, es ist genug. So beschimpfen und befieheln sich führende Berufsführer im altenchristlichen Lager vor aller Welt. Und wissen "Ständer" befreit zu der "stilischen Weltanschauung" der Schlupflustigen. Unter einander halten sie sich wie die Straßenjungen, welche sich ständig die Kleider (baldig gesprochen) vom Leibe. Das geht nun schon jahrelang so. Da kann man wirklich verstehen, wenn ein auf Reinlichkeit hankender Mensch sagt: "bleiben Sie mir vom Leibe, Sie machen mich schmugel".

Der Versuch, die Mitglieder durch Gewährung höherer Rentenklassenleistungen an den Vereinsbezirk zu fesseln, degenen die in einem anderen Knappenschaftsverein vertretenen (oder von ihm übernommenen) Mitglieder ungeachtet gleich hoher Beitragaleistung mit einer niedrigeren Invalidenrente auszubilden, steht mit dem gesetzlichen Zwecke des Knappenschaftsvereins nicht im Zusammenhang und darf daher von der Knappenschaftsbehörde nicht unterstützt werden.

Trotz dieser Missachtung des Oberbergamts hat die Generalversammlung — auf Vorschlag des Vorstandes — diese beiden Punkte so angenommen und will es noch auf einen Rettungs-Minister ankommen lassen. Dieser Rettungs ist selbstverständlich aussichtslos. Das müssten die Herren wissen, zum mindesten müsste das der Herr juristische Beirat wissen, der die Herren, bei den neuen Kommissionen und sechs Vorstandssitzungen die sic mit den Verhandlungen des Statuts beschäftigen, über das gesetzlich Gültigkeit aufzuklären hatte. Das haben sie auch genutzt, denn die Generalversammlung hat gleichzeitig beschlossen: "Daß diese beiden Punkte in das Statut nicht aufgenommen werden, wenn in dem Rettungsverfahren auch durch den Rettungs-Minister die Genehmigung verlangt wird".

Dann soll die ganze Sache beendet sein. Das ist aber gerade das Gefährliche für die Arbeiter. Leider scheint und jetzt der ganze Kongress mit der Bergbehörde als ein ganz schlaues Scheitern anzuzeigen.

Bei weiterem "Ergebnis" von Benten mit "gesetzter christlicher Weltanschauung" liegt uns vor in einem Blatt, das die Versammlung der Katholischen Arbeitervereine im Saargebiet gegen den "christlichen Gewerkschaftsverein" des Bergbauteils schlägt. Vorher hatte die Gewerkschaftsbeteiligung (Plakat)

einen Aufruf der "christlichen Gewerkschaft" des Bergbauteils gegen die "katholischen Arbeiter vereine Berliner Machtung" (Vorstand u. a. Bischof Korum, Kaplan Dabring, Pfarrer Meyer usw.). Im Gothaer Blatt finden wir folgende Aussagen:

"Äußerlichensfabrik der sogenannten christlichen Gewerkschaften des Saargebiets", "Schlupflustig", "Panzer der altertümlichsten Götter", "Unwahrheiten und Verdächtigungen", "unstabile Ausbildung", "Angstfester", "derartiger Schmugel", "lassen Sie mich nicht an, Sie machen mich schmugel". Gewerkschaftssekretär Hölkes habe einen der verdienstvollsten katholischen einen Lügner genannt, Pfarrer und nochmal Pfarrer über solche Handlungskraft, die "christlichen Gewerkschaften" brüllten wie eine Rottweil gespannter Teufel", "Schimpfen", "schändlicher Arbeitsercerent", "Edel", "Gauherden der christlichen Gewerkschaften". . .

Was wollen anführen, es ist genug. So beschimpfen und befieheln sich führende Berufsführer im altenchristlichen Lager vor aller Welt. Und wissen "Ständer" befreit zu der "stilischen Weltanschauung" der Schlupflustigen. Unter einander halten sie sich wie die Straßenjungen, welche sich ständig die Kleider (baldig gesprochen) vom Leibe. Das geht nun schon jahrelang so. Da kann man wirklich verstehen, wenn ein auf Reinlichkeit hankender Mensch sagt: "bleiben Sie mir vom Leibe, Sie machen mich schmugel".

Dennoch wieder folgende Sätze als Mindestrente monatlich in Betracht kommen:

In der I. Klasse früher 15,60 Mt., jetzt 4,80 Mt. (Beamten)
" II. " 12,70 " 4,05 "
" III. " 10,75 " 3,45 "
" IV. " 8,90 " 2,75 "
" V. " 1,50 " (wobl. Inv.)

Ist das nicht der reine Hohn für die abgeraden Bergbeamten? Man würde nicht ein, daß es solche Invaliden, die schon nach dreijähriger Beitragszeit in der Pensionsklasse Invaleide werden, wenige gibt. Mit 18 Jahren dürfen die jungen Bergleute überhaupt erst in die Pensionsklasse aufgenommen werden. Die Militärdienstzeit zählt im Gegenseit zu früher nicht mit. Die Leute sind so abgeradet und degeneriert, daß sie jetzt viel weniger widerstandsfähig sind als früher. Kein Einzelnen der entlasteten Kohlenwagen erhalten sie Leidenschaft, vor nasser zügiger Arbeit Unheimatnus, Eicht und Herz. Krankheiten, diese Bergbeamten werden jetzt fast grundstücklich als Invaleide nicht mehr anerkannt. Da haben sie gleich einen Knappenschaftsinvaliden, und diefer hat dann mit seiner Familie täglich ganz 10 Pfennig zum Unterhalt. So sehen die Dinge in der Praxis aus. Und wenn es auch solcher Invaliden nur wenige gibt, deshalb sind sie doch auch Menschen, die man nicht verschonen darf mit einer monatlichen Rente von 2,25 Mt. Es ist für sie schon Unglück genug, daß sie im besten Mannesalter dahinstehen müssen; daß sie zusehen müssen, wie ihre Familie nicht nur allen Lebensgenüssen entsagen, sondern auch buchstäblich hungern und verhungern muss. Wie sind sich überzeugt, daß so mancher dieser Herren im Knappenschaftsvorstand, welche das Statut beraten haben, sich ganz gewaltig entlasten würde, wenn ihnen jemand zunutzen würde, ihren oft kostbaren Hund für eine solche Monatsrente zu ernähren. Ist das nicht der reine Hohn für die abgeraden Bergbeamten?

Man würde nicht ein, daß es solche Invaliden weniger wert, als der Hund eines reichen Mannes?

Während die Bergleute jetzt verlangen und verlangen müssen, ist die Hinzufügung der Rentenklassen in der Weise, daß die Mindestrente (also nach drei Jahren) dieselbe bleibt, wie sie in der jetzt angenommenen Fassung (nach zehn Jahren) beträgt. Mit jedem weiteren Dienstjahr erhöhen sich dann die Sätze steigern, um den Betrag, wie es im § 36 II vorgesehen ist, d. h. in der I. Klasse um 1,80 Mt., in der II. um 1,55 Mt., in der III. Klasse um 1,15 Mt., in der IV. Klasse um 75 Pf. und in der V. Klasse um 50 Pf. Der Absatz III des § 36 muss und kann auch gestrichen werden. Damit würde diese Stelle dem Gesetz entsprechen und die Bergleute würden wenigstens eingerahmt schützen.

Die Bergleute sind jetzt verlangen und verlangen müssen, ist die Hinzufügung der Rentenklassen in der Weise, daß die Mindestrente (also nach drei Jahren) dieselbe bleibt, wie sie in der jetzt angenommenen Fassung (nach zehn Jahren) beträgt. Mit jedem weiteren Dienstjahr erhöhen sich dann die Sätze steigern, um den Betrag, wie es im § 36 II vorgesehen ist, d. h. in der I. Klasse um 1,80 Mt., in der II. um 1,55 Mt., in der III. Klasse um 1,15 Mt., in der IV. Klasse um 75 Pf. und in der V. Klasse um 50 Pf. Der Absatz III des § 36 muss und kann auch gestrichen werden. Damit würde diese Stelle dem Gesetz entsprechen und die Bergleute würden wenigstens eingerahmt schützen.

Die Bergleute sind jetzt verlangen und verlangen müssen, ist die Hinzufügung der Rentenklassen in der Weise, daß die Mindestrente (also nach drei Jahren) dieselbe

Juni 1908 nach Annahme des abgeänderten Artikels 7 des preußischen Berggesetzes beschlossen die im Vorstand der Bergarbeiter und dem Gewerksverein organisierten Knappenschaftsältesten an den Vorstand der Wurmknappshaft eine Eingabe zu richten. In dieser Eingabe wurden den Vorständen 7 Anträge unterbreitet, die beim Ausarbeiten des neuen Sazungsentwurfs berücksichtigt werden sollten. Im Dezember 1908 bei der Wahl der Knappenschaftsältesten verbreitete der Gewerksverein ein Flugblatt, in welchem es hieß:

Die Kandidaten des Gewerksvereins verpflichteten sich, für folgende Reformen in den Wurmknappshaft einzutreten:

1. . . 2. . . 3. Erhöhung des Krankengeldes auf zwei Drittel des verdienten Lohnes.

Erhöhung der Invalidenpension . . . sodass mit fünf Beitragsjahren die monatliche Pension 85 Mark beträgt.

Auf dem preußischen Bergarbeiterstag im Februar 1908 in Eisen wurde von den Vertretern des Gewerksvereins mit beschlossen:

„Dass das Krankengeld mindestens zwei Drittel des verdienten Durchschnittslohnes betragen soll.“

Dass die Invalidenrente mindestens zwei Drittel des durchschnittlichen Hauerlohnes betragen soll.

Dass die Witterungsrente zwei Drittel der Invalidenrente betragen soll.“

Die Delegierten dieser Konferenz gingen mit dem Auftrage aus, einander, wenn die Forderungen der Bergarbeiter in dem Geiste nicht berücksichtigt würden, dann sei es Pflicht der Delegierten in den einzelnen Konferenzen, wenn die neuen Sazungen eingeführt würden, dafür einzutreten, dass die von den Bergarbeitern gestellten Forderungen in die Sazungen hineinkünnten.

Bei den Knappenschaftsältestenwahlen im Dezember 1908 erhielt der Gewerksverein die Majorität. Der Gewerksverein fühlte sich jetzt stark und mächtig. Die bisherigen gemeinsamen Konferenzen mit den Ältesten des Verbändes standen nicht mehr statt. Die Ältesten des Verbändes wurden von den Gewerksvereinern angezogen. Der Gewerksverein sei jetzt rechtskündig, er habe die Verbände nicht mehr notwendig, der Gewerksverein gehe jetzt allein vor, u. v. In den preußischen Knappenschaftsvereinen soll mit dem 1. Januar 1908 das neue Statut in Kraft treten. Auch im Wurmknappshaft verein hat man sich mit dem neuen Sazungsentwurf beschäftigt und denselben den Knappenschaftsältesten unterbreitet. Der Vorschlag enthält 87 Paragraphen. Dazu haben die Ältesten des Verbändes 41 Abänderungsanträge gestellt. Für die Knappenschaftsältesten haben drei Beratungen mit dem Vorstand stattgefunden. Erhöhungswert ist noch einzuhalten; vor der ersten angelegten Beratung fand eine Generalversammlung statt in welcher ein Gewerksvereinsterremmer in den Vorstand gewählt wurde. Nach der Wahl wurde dem Remmer vorstandseitig erklärt, er gehöre jetzt nicht mehr zu den Ältesten, sondern zum Vorstande, er dürfe demnach nicht mehr an den Sitzungen des Ältesten teilnehmen. Tatsächlich verließ Remmer auch die Sitzung in der aber nicht in die Beratungen des Statutentwurfs eingetreten wurde. Auf Veranlassung der Ältesten wurde die Beratung auf 14 Tage verlängert. Die Ältesten des Verbändes beriefen drei öffentliche Versammlungen für die Mitglieder der Wurmknappshaft ein. In diesen Versammlungen wurden den Arbeitern die von den Ältesten des Verbändes ausgearbeiteten Abänderungsanträge unterbreitet. Die Versammlungen waren stark besucht, viele Gewerkschaftsmitglieder waren anwesend. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche die Abänderungsanträge ablehnt und die Ältesten befürwortete dem neuen Sazungsentwurf nur dann zuzustimmen, wenn diese Abänderungsanträge darin berücksichtigt worden wären. Alle Anträge zu beschließen, würde zu viel Raum in Anspruch nehmen. Vorab wollen wir nur einige herausgreifen und das Verhalten der Gewerkschaftsältesten diesen Anträgen gegenüber, feststellen.

Bisher wurde in der Wurmknappshaft das Krankengeld für jeden Tag ausgezahlt — auch für Sonntags — der Entwurf des Vorstandes sieht vor, dass in Zukunft für die Sonn- und Feiertage kein Knappenschaftsgeld mehr gezahlt werden soll.

Die Verbandsältesten beantragten, dass es beim bisherigen Zustand bleiben soll, dass für jeden Tag Krankengeld gezahlt werde.

Diesen Antrag lehnten die Gewerkschaftsältesten ab und beantragten, dass für Sonntags kein Krankengeld mehr gezahlt werde.

Bisher erhielten die Familien der im Krankenhaus untergebrachten Kranken, wenn der Krank der alleinige Ernährer war, das volle Krankengeld. Der Vorstand beantragte, dass in Zukunft nur noch die Hälfte des Krankengeldes an diese Familien gezahlt werde.

Die Verbandsältesten beantragten, es beim bisherigen Zustand zu lassen und das volle Krankengeld auszuzahlen.

Die Gewerkschaftsältesten lehnten den Antrag ab und beantragten, dass nur $\frac{1}{4}$ des Krankengeldes ausbezahlt werde.

Das Krankengeld beträgt bisher wöchentlich für die dritte Klasse, der über 80 % der Mitglieder angehören, 11,78 Mark. Nach dem neuen Sazungsentwurf soll es für dieselbe Klasse wöchentlich nur 11,28 Mark betragen.

Die Ältesten des Verbändes hatten beantragt, dass das Krankengeld 75 % des Arbeitslohnes betragen soll.

Auch diesen Antrag lehnten die Gewerkschaftsältesten ab. In ihrem Antrag beantragten sie für die dritte Klasse ein Krankengeld von wöchentlich 12 Mark. Dies ist pro Tag drei und einen halben Pfennig mehr als bisher gezahlt wurde. Auf den Bergarbeiterstag, in den Bergarbeiterversammlungen, in den Knappenschaftskonferenzen mit den übrigen Knappenschaftsältesten, in der Sitzung an den Vorstand der Wurmknappshaft — allerdings vor den Knappenschaftskonferenzen — in den Flugblättern, worin der Gewerksverein zur Wahl der Gewerkschaftsältesten aufgerufen, überall erklärt der Gewerksverein, dass die Gewerkschaftsältesten für ein Krankengeld von $\frac{1}{3}$ des Arbeitslohnes eintreten würden. Bei Festlegung des Krankengeldes stimmen die Gewerkschaftsältesten für, dass noch nicht die Hälfte des Arbeitslohnes, sondern nur das „Normallohn“ als Krankengeld gezahlt werden soll.

Die Ältesten des Verbändes hatten beantragt, wenn ein Bergmann 25 Jahre seine Beiträge zur Pensionsklasse bezahlt habe, dann solle ihm das Recht zugeschenkt werden, sich pensionieren zu lassen. Ein Antrag, dem die Christlichen auf dem Bergarbeiterstag ebenfalls zugestimmt hatten. Für das Wurmknappshaft halten die Gewerkschaftsältesten diesen Antrag nicht für notwendig, denn sie lehnten denselben ab. Nur einige Gewerkschaftsältesten stimmten mit den Ältesten des Verbändes.

Die Witwenpension beträgt die Hälfte der Invalidenpension.

Die Verbandsältesten beantragten, dass statt der Hälfte zwei Drittel gezahlt werde.

Der Führer der Gewerkschaftsältesten und Vorstandsmitglied Remmer befürgte diesen Antrag, wie er von den Werksbesitzern nicht besser befürwortet werden konnte. Dieser Mann, der selbst keine Familie hat, meinte, wenn Mann und Frau mit der Invalidenpension sich begnügen müssten, dann könnte die Witwe auch mit der Hälfte der Pension auskommen. Der Arbeitervertreter Remmer scheint jedoch noch nicht zu wissen, dass die Auslagen für Miete, Feuerung, Licht usw. auch für die alleinstehende Witwe die gleichen sind.

Wir wollen diesen christlichen Arbeitersührer mal ersuchen, uns mitzuteilen, wie er es einrichten will, dass eine Person einen ganzen Monat mit 12 bis 15 Mark auskommen kann. Die durchschnittliche Invalidenrente beträgt rund 25 Mark monatlich. Rechnen wir mal für Miete 8 Mark, Feuerung und Licht 3 Mark. Diese Säze sind wahrhaftig nicht zu hoch gegriffen, eher zu niedrig. Es verbleiben der Witwe zur Beisetzung für Lebensmittel, Kleidungsstücke usw. also noch höchstens 2 Mark, damit soll sie nach Remmer einen Monat ganz gut auskommen können. Wir müssen gestehen, dass wir vor der himmlischen Erleuchtung dieses Remmer beschämmt die Segel streichen, der kann wirklich mehr als gottähnliche Menschen, gegen ihn ist der Zentrumsprofessor Gize mit seinen Kochkunst-Rezepten der reine Waisenknafe.

Für heute wollen wir uns mit diesen Stichproben über die Leistungen dieser christlichen Arbeitersührer im Aachener Bezirk bezeugen, und das weitere für eine andere Gelegenheit zurücklegen. Das Verhalten der Christlichen hat bei der Arbeiterschaft große Entrüstung hervorgerufen, denn die Arbeiter sehen ein, dass sie die Betrogenen sind. Darüber, dass die Verbandsältesten über das arbeitsverträgliche Verhalten der Gewerkschaftsältesten nicht geschwiegen haben, sind die Zentrumschristen aus dem Hänselein geraten. Für den 4. August beriefen sie zwei Versammlungen ein mit der Tagesordnung:

„Die von den Genossen gegen die Gewerkschaftsältesten ausgetretene Lügen und Verdächtigungen.“

Auch den Ältesten des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbands wird volle Redefreiheit zugestanden, um ihre Behauptungen gegen die Gewerkschaftsältesten zu beweisen.“

In der Zentrumsresse prahlten der Zentrumsagitator und Gewerkschaftsbeamte Hartig spaltenlangen Artikel „Viele Lügen aus dem Wurmknappshaft“ und dergleichen.

Die Knappenschaftsältesten des Verbändes scheuten sich nicht, sie gingen in die Versammlungen des Gewerksvereins, hielten der Versammlung das

Verhalten der Gewerkschaftsältesten vor. Von den zwei Dingen, Gewerkschaftsältesten war keiner der sich getraute, auch nur ein Wort zu sagen. In der Versammlung in Bardenberg konnte man beobachten, dass wenn die schweren Anklagen auf die Gewerkschaftsältesten niedergeschlagen, der Beamte des Gewerksvereins den neben ihm stehenden Ältesten fragte und dieser nicht seinen Herrn und Gebieter zu, ja so war es, so haben wir gehandelt. Also der Gewerksverein beruft Versammlungen ein, die Ältesten des Verbändes werden der Verhandlung angeklagt und sollen sich verteidigen. Die Ältesten des Verbändes erscheinen aber wider Erwarten die Zentrumskirchen in den Versammlungen, bringen die schwersten Anklagen gegen die Gewerkschaftsältesten vor, aber keiner der Gewerkschaftsältesten tut dem Mund auf. Stattdessen berufen sie die Gewerkschaftsältesten auf der Anklagebank. In der Bardenberger Versammlung erklärte Herr Hartig, der als Innwalt der Gewerkschaftsältesten auftrat, leider sei der Sprecher der zwei Jugendchristlichen Ältesten krank und hätte infolge dessen nicht zu der Versammlung erscheinen können. Zu derselben Zeit hielt der Gewerksverein in Bingen eine Mitgliederversammlung ab, in welcher ein Gewerkschaftsältester in der verlogenen Art und Weise die „roten Altesten“ herstellt. Unter den Mitgliedern hatte der Sozialrechtsberater allerdings keine Gegner zu befürchten, denen konnte er das Blaue vom Himmel herunterläuten. Über Rede und Antwort zu stehen in der öffentlichen Versammlung, und dabei noch in einer Gewerkschaftsversammlung, dazu hatte der Held keinen Mut, aber hinter verschlossenen Türen ist das Eignen und Verleumden leichter. Noch eins wollen wir aus der Gewerkschaftsversammlung der Lessinglichkeit übermitteln. Dem Gewerkschaftsältesten wurde der Vorwurf gemacht, dass er auf Nordstem bei einer Knappenschaftsältestenwahl gegen den Arbeiterkandidaten Stummel für den Gründenkandidaten verbreitet habe. Der Verteidigungsmann des Gewerksvereins und Leiter der Versammlung, siebziger Schülern der Unterrichtskurse zur Vernichtung des Bergarbeiterverbands, verteidigte die Handlung des christlichen Knappenschaftsältesten, indem er aussagte, er wäre dafür bezahlt worden. Nach diesen Aussführungen gestattet der Gewerksverein also jeden Arbeitervertreter, wenn derselbe mir bezahlt wird. Für dieses Votum sind wir dem Herrn Zimmerman sehr dankbar.

Dies alles erlaubten sich die Zentrumsgewerkschaften, wo sie glauben harschen zu können. Nur durch die massenhaft verbreitete Zentrumspresse, durch die in den einzelnen Ortschaften den Gewerksverein zur Befreiung stehenden Agitatoren, Postkästen, Schulhäuser bis zum Nachtwächter, gelingt es, die Arbeiterschaft so freudlich zu verarbeiten und hinterhältig zu führen. Die Erkenntnis, dass die Zentrumsgewerkschaften nicht geziert werden um die Lage der Arbeiter zu verbessern, sondern um den freien Gewerkschaften den Todesschock zu versetzen, bricht sich auch in den Zentrumsdörfern langsam Bahn. Der Verband hat nicht blos eine enorme Zahl Bevölkerung, sondern auch Nebenrente vom Gewerksverein zu verzeichnen, jedenfalls ein Beweis, dass das Verhalten des Zentrumsgewerksvereins und seiner Ältesten auch den Tämmen zur Gischt bringt.

Gewerkschaftsversammlungen und Knappenschaftstatut. In der Zentrumsresse finden wir folgenden Bericht:

„Im Knappenschaftsreform. Der christliche Gewerksverein der Bergleute hielt am Sonntag im Ruhrevier Versammlungen ab, die sich mit der breiten Frage der Knappenschaftsreform beschäftigten. Es wurde bestimmt, dass der Statutentwurf verschiedene Wünsche der Bergleute nicht erfüllte. Besonders schwer Bedenken hege man gegen die geplante Befreiung des Kindergebeldes. Die Zahlung des Kindergebeldes an Knappenschaftsinhabern neben der Rente entstünde einen wertlichen sozialen Geist, daher könne man sich mit der Befreiung des selben keineswegs einverstanden erklären. Die Vorstandsmitglieder des Knappenschaftsvereins wurden ersucht, über diese Frage von weittragender Bedeutung nicht leichtfertig die Entscheidung zu fassen.“ Also, die Gewerksvereinsmitglieder fordern auch Reformen, wollen Verschlechterungen, insbesondere der Befreiung des Kindergebeldes, keineswegs zugestimmt wissen. Das ist für alle Fälle festzuhalten. Wir haben 1808 nicht vergessen.

Die Herren Brust und Kasse haben in Altenessen geredet. Es ist gut, wenn wir später Zeiten festhalten, dass die „Eßener Volkszeitung“ vom 7. August 1907 diese Worte enthielt:

„Altenessen, 5. August 1907. Der katholische Knappenverein Bergmannsgrüne hält am gestrigen Sonntag bei Stoppers seine monatliche Versammlung ab. Landtagsabgeordneter Brust und Bezirkspräsident Knappenschaftsverbandes eröffneten die Versammlung. Sie hoben einige Mängel hervor und erklärten, dass der Statutentwurf verschiedene Wünsche der Bergleute nicht erfüllte. Besonders schwer Bedenken hege man gegen die geplante Befreiung des Kindergebeldes. Die Zahlung des Kindergebeldes an Knappenschaftsinhabern neben der Rente entstünde einen wertlichen sozialen Geist, daher könne man sich mit der Befreiung des selben keineswegs einverstanden erklären. Die Vorstandsmitglieder des Knappenschaftsvereins wurden ersucht, über diese Frage von weittragender Bedeutung nicht leichtfertig die Entscheidung zu fassen.“

Die Herren Brust und Kasse, der so wacker mit den Werksvertretern stimmt, spielt im katholischen Knappenverein den unentwegten Arbeiterschützler. Herr Kasse, der am 6. August für eine Reihe arbeitschützender Anträge stimmte, erklärte am 8. August, der Statutentwurf dürfe in seiner jetzigen Fassung nicht von den Ältesten angenommen werden, da er eine Schädigung für jüngere Invaliden bedeute. Der Versammlung lag das neueste Flugblatt des alten Bergarbeiterverbands vor, welches von geweihten Referenten als eine Entstellung der Tatsachen erklärt wurde und nur für den Mitgliedsfang berechnet sei.

Herr Kasse, der so wacker mit den Werksvertretern stimmt, spielt im katholischen Knappenverein den unentwegten Arbeiterschützler. Herr Kasse, der am 6. August für eine Reihe arbeitschützender Anträge stimmte, erklärte am 8. August, der Statutentwurf dürfe in seiner jetzigen Fassung nicht angenommen werden! Was wird der Herr am 28. September tun? Kasse und Brust, Brust und Kasse, einer wie der andere bemüht, den mit schwerer Schädigung bedrohten Bergleuten Sand in die Augen zu streuen.

Altendorf a. d. Ruhr. Hier fand am 11. August eine vom Ältesten H. Liegemann in ein einberufenen Knappenschaftsmitgliederversammlung statt. Sie gingen an, Kasse und andere Kameraden sprachen über den Statutentwurf. Ein Gewerkschaftsmitglied, Joh. Kasse, referierte über das neue Knappenschaftstatut. Sie hoben einige Mängel hervor und erklärten,

„dass der Entwurf der Statuten direkt in seiner jetzigen Fassung nicht von den Ältesten angenommen werden, da er eine Schädigung für jüngere Invaliden bedeute. Der Versammlung lag das neueste Flugblatt des alten Bergarbeiterverbands vor, welches von geweihten Referenten als eine Entstellung der Tatsachen erklärt wurde und nur für den Mitgliedsfang berechnet sei.“

Herr Kasse, der so wacker mit den Werksvertretern stimmt, spielt im katholischen Knappenverein den unentwegten Arbeiterschützler. Herr Kasse, der am 6. August für eine Reihe arbeitschützender Anträge stimmte, erklärte am 8. August, der Statutentwurf dürfe in seiner jetzigen Fassung nicht angenommen werden! Was wird der Herr am 28. September tun? Kasse und Brust, Brust und Kasse, einer wie der andere bemüht, den mit schwerer Schädigung bedrohten Bergleuten Sand in die Augen zu streuen.

Heimat bei Buer. Hier tagte am 11. August eine vom Gewerksverein einberufenen Knappenschaftsmitgliederversammlung. Der Referent, Gewerkschaftsbeamter Rothhäuser, erklärte wörtlich: „Die Knappenschaftsältesten müssten mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie einem solchen Statut ihre Zustimmung geben würden.“ Kamerad Böhler vom Verbund beleuchtete in der Diskussion das Verhalten der Gewerkschaftsversammlung im Knappenschaftsverband. Dagegen wendeten die Gewerkschaftsältesten ein, nur der Vorstand als Ältester sei noch Gewerkschaftsmitglied (der hat aber auch mit gegen Gewerkschafts-Anträge gestimmt). D. R. B. Zu Wort kam Böhler nicht mehr, sondern in M. Gladbachs Manner fiel der Gewerkschaftsbeamte Steeger, bekannt wegen seines propagierenden Auftretens, im Schlusswort über den „sozialdemokratischen Verband“ her, der aber doch nicht schuldig ist an dem Verhalten der Gewerkschaftsältesten.

Mitstände auf den Gruben.

Ruhrrevier.

Zeche Deimelsberg. Gewalt geht über Recht! Schon wieder sind wir gezwungen uns mit dem Verhalten der hiesigen Verwaltung zu beschäftigen. Am 8. August wurde die Morgenpost, nachdem sie 8 Uhr gearbeitet hatte, benachrichtigt wieder auszufahren. Als die Arbeiter nun in der Waschküche antraten, fanden sie folgenden Anschlag:

„Wegen Reparatur an der Separation verfährt die Morgenpost mit $\frac{1}{2}$ Schicht. Zum Ausgleich aber wird morgen Doppelschicht verfahren. Anfangs heute abend 9 Uhr, Aufschlag morgen mittag 2 Uhr. Die jugendlichen Arbeiter fahren wie gewöhnlich an.“ Diese Maßnahmen ließen sich noch einigermaßen rechtfertigen, wenn es den Arbeitern freigestellt würde, wenn sie diese Doppelschicht nicht verfahren wollten, ihre laufende Schicht beizubehalten. Dieses geschieht aber nicht, vielmehr werden die Arbeiter, die aus irgend einem Grunde die Doppelschicht nicht verfahren konnten, als sie am andern Morgen zur gewöhnlichen Zeit zum Verfahren ihrer laufenden Schicht kamen, wieder nach Hause geschickt. Wenn ein Arbeiter einmal eine Schicht willkürlich feiert, wird er mit einer halben Schicht deshalb bestraft. Die Zechenverwaltung aber schaut und waltet wie es ihr in den Kram paßt, ohne sich um das was recht und billig ist auch nur zu kümmern. Sie hatte unseres Erachtens absolut kein Recht, die Arbeiter nach Hause zu schicken, aber es geschieht doch: Macht geht über Recht!

Hannover, Braunschweig, Westfalen-Sippe.

Gewerkschaft Bertha (Wittenhausen). Von Höhern wimmelt es hier in der Waschküche, sodass eigentlich ein Kammerjäger angestellt werden müsste. Es ist dieses aber nur auf die mangelnde Reinlichkeit zurückzuführen. Das reine sowohl wie das schmutzige Kreuzenzeug hängt durcheinander und es hat keinen Zweck, dass die Arbeiter reinen Gang

mitbringen und anziehen, da es doch unter diesen Umständen direkt wieder schmutzig ist. Die Schmiede, Schlosser und Tischler werden meistens auf der Bergbaude beschäftigt, weil es an Tagesarbeiten, die diese Arbeiter verrichten sollen, fehlt. Wenn die Arbeiter ein Stück Gesche oder sonst etwas notwendiges haben wollen, können sie hinter den unhygienischen Zustand, der aber, wie die Verhältnisse liegen, nicht abgeändert werden kann, da für 8 Mt. bei zwölftägigem Schichtfest nicht genug Arbeitnehmer sind, die Arbeit zu machen lädt sehr zu wünschen übrig. Im Revier des Steiger Dr. Dr. ist die Weiterführung eine schlechte, ändern lädt dieser Steiger noch gewöhnlich während der Schicht die mit Dynamit geladenen Sprengsätze los, sodass die Arbeiter fast im Raum erschrecken. Wenn die Arbeiter dann während der Schicht davon krank werden noch „Ich, das ist so schlimm nicht, ich hab nur nichts Gutes gewohnt.“ Steiger Dr. sollte einmal, wenn die Sprengsätze gefallen sind, die Arbeiter dann während der Schicht davor krank werden und verabscheuen wollen, dann sagt Ihnen der Lebendwürdigste Herr noch: „Ich, das ist so schlimm nicht, ich hab nur nichts Gutes gewohnt.“ Steiger Dr. sollte einmal, wenn die Sprengsätze gefallen sind, die Arbeiter dann während der Schicht davor krank werden und verabscheuen wollen, dann sagt Ihnen der Lebendwürdigste Herr noch: „Ich, das ist so schlimm nicht, ich hab nur nichts Gutes gewohnt.“ Steiger Dr. sollte einmal, wenn die Sprengsätze gefallen sind, die Arbeiter dann während der Schicht davor krank werden und verabscheuen wollen, dann sagt Ihnen der Lebendwürdigste Herr noch: „Ich, das ist so schlimm nicht, ich hab nur nichts Gutes gewohnt.“ Steiger Dr. sollte einmal, wenn die Sprengsätze gefallen sind, die Arbeiter dann während der Schicht davor krank werden und verabscheuen wollen, dann sagt Ihnen der Lebendwür

ein, aber mit welchen Mitteln, beweist die nachfolgende Szene. Unstatt nun, wie alle nicht schlechten Menschen, die gewöhnliche Haustüre zu verlassen, gingen die Herren Christenführer, wahrscheinlich infolge ihres guten Gewissens, auf schändliche Weise durch die auf einem schmalen Wäschlein stehende Stalltür, um den Bahnhof aufzugehen zu erreichen. „Über mit des Geschlechtes Wüchten ist kein ewiger Bund zu schließen und das Unglück schreit schnell.“ Troh der Flucht durch die Stalltür erscheint auch die „Oberchristen“ ihr Schaf, Männer, Weiber und Kinder, bewaffnet mit Steinen, Säcken und Knüppeln, schwärmen den flüchtenden Gewerksvereins-Mitgliedern nach und suchten ihrem Durchgang durch Krautfeldstraße, wie „Dänen“, „Spitzbuben“, „christliche Soldaten“ um, freien Aufmarsch zu geben. Karlsruhe und Nachhaltigkeit sagten an zu laufen wie bis Hessen und der ganze hungrige Troh ist im Galopp hinter ihnen her. Da, sogar am Bahnhof Aspern erwartete sie eine Menge „guter Freunde“, sodass sie ihren Weg über Buch und Schoppenhof dem Bahnhof abschneiden nahmen, wo sie gerade mit knapper Not den Zug erreichten, anderthalb Richter Lynch ihnen über mitgespielt hätte.“

Wenn die Gewerkschaftsleitung schon nicht einmal mehr die statutäre Gewerkschaftsunterstützung zahlen kann, dann steht es sehr übse aus. Die Kasse des Bergarbeiterverbandes verfügt jetzt über zirka 17000 Mark Vermögen. Es wäre höchst unchristlich, wenn wir jetzt sofort vom Gewerksverein die Rückzahlung unserer 7000 Mark forderten. Nun es sich in so großer Finanzkrise befindet, dass er nicht einmal mehr seine gewohnten Mitglieder unterstützen kann, mag er die 7000 Mark einzuweisen als Darlehen benutzen. Handeln wir christlich, auch gegen unsere Begier.

Rebellion im Zentrumsgewerkvereinslager.

Die Streiterzeiten und die Unzufriedenheit über die Wirtschaft und das diktatorische selbstherrliche Vorgehen der Führer im Zentrumsgewerkverein nehmen immer gröberson Umlauf an. Nicht nur, dass zum Beispiel im Saarrevier, wie die Zentrumspresse berichtet, ganze Zahlstellen zum Teufel gehen, die noch verbleibenden Mitglieder verlangen auch energetisch Auflösung über die Stoffenverhältnisse und den Verbleib ihrer eingezahlten Gelder. Die vom „Zentrumsknappen“ gebrachte Jahresabrechnung, die von uns wiederholst und zuletzt unter der Stichmarke: „Anhandmehr aus einer christlichen Hegenläche eingehend beleuchtet wurde, genügt den Mitgliedern absolut nicht und sie verlangen energisch Auflösung. Auf der Generalversammlung haben es ja die „großen Geister“ des Gewerksvereins mit großer Bürgertüchtigkeit verstanden, die kleinen Geister zu bauen und den gestellten Aufgaben aus dem Wege zu gehen. Damit sind aber die Mitglieder in den Zahlstellen nicht aufzuhören gestellt, sie sind es fast, sich mit Nebensachen abseits zu lassen und verlangen energisch Auflösung.

Schon in seiner Nummer 29 nahm der „Zentrumsknappen“, um die Geister die man gerufen, wieder los zu werden, seine Flucht in die Offenlichkeit. Dieser Schmerzensscherz aus dem Herzen des gequälten „Zentrumsknappen“ hat aber nicht gefruchtet, in den Zahlstellen rumpft es lustig weiter, und selbst in schwarzen Vorbeck, im Herzen der Zentrumsdomäne Essen ist der Teufel los und kann troh aller M.-Gladbacher Künste nicht mehr gebannt werden. Die bisher so treuen und unentwegten Schäfchen wollen ganz und gar ihren Führern nicht mehr gehorchen, eine für diese jedenfalls sehr ungewöhnliche Erscheinung. Die M.-Gladbacher Zentrumstrategen des Gewerksvereins waren bisher von ihrer Gottähnlichkeit und Unfehlbarkeit derart überzeugt, dass sie es nicht für notwendig hielten, sich um die Meinung der Mitglieder zu kümmern oder gar danach zu fragen. Jetzt aber, durch die ungewohnte Opposition der Mitglieder aus diesem Wahl aufgeschreckt, haben sie anscheinend troh ihrer M.-Gladbacher „Erleuchtung“ völlig den Kopf verloren und daher das Blümchen und Greinen des „Zentrumsknappen“. In Vorbeck fanden kürzlich eläige Versammlungen des Zentrumsgewerkvereins statt, in denen es, wie uns berichtet wurde, heiter zugegangen haben müssen. Daraus sind die Ortsvorstände nicht mehr mit der Leitung zufrieden. Der Jahresbericht wurde scharf gerügt, weil er zu unklar sei und keinen Einblick gewähre, und wurde mehr Klarheit verlangt. Besonders empört sind aber die Mitglieder über die Art und Weise, wie man die Delegierten, welche Ausführung verlangten, auf der Generalversammlung abschafft hat. In einer Versammlung, wo der Generalsekretär Kellner als Referent aufwesend war, wurden die ganze Unzahl Anfragen gestellt, die dieser nicht nach dem Wunsche der Mitglieder beantworten konnte. Es kam deshalb zu sehr scharfen Auseinandersetzungen, sodass Kellner in seiner Bedrängnis drohte, die betreffenden Mitglieder sollten öffentlich in den „Zentrumsknappen“ zur Rechenschaft gezogen werden. Bis jetzt hat sich aber der „Zentrumsknappen“ völlig entgegengewiegen. Man hat inzwischen alles versucht, um die aus den Fugen gegangene Ordnung wieder herzustellen, aber anscheinend vergebens. Selbst die Erleichterung eines Imbusch und Kötter soll da ver sagt haben. Neuerdings fand nun eine Bezirkskonferenz der Vorstände statt, wo sich Mister Imbusch zum Delegierten wählen lassen wollte. Wieder allein geworden wurde er aber nicht gewählt. Die Vertrauensleute erklärten vielmehr, dass sie keinen Deut wählen und vor allen Dingen keinen Imbusch. Als Imbusch sah, dass ihm die Trauben zu hoch hingen, machte er es wie der Fuchs in der Fabel; er erklärte nämlich, keine Wahl anzunehmen. Schließlich empfand ein Vorstandsmittel aus Schönbeck ein menschliches Rütteln und brachte den Mitgliedern seines Bezirks Imbusch in Vorschlag, und so wurde dieser gewählt. Jetzt aber nahm Imbusch die Wahl nicht nur an, sondern fühlte sich sogar bewogen, den Kameraden für das in ihm gefeierte „Vertrauen“ mit gehobener Stimme zu danken. Es muss in dieser Sitzung aber ebenso sehr lärmisch zugegangen sein, denn Imbusch war nach den uns gemachten Mitteilungen so erost, dass er sich sogar weigerte, dem Gewerkschaftsvorsitzenden Kötter das Wort zu erteilen mit der Motivierung, er (Imbusch) sei hier Bezirksleiter und habe allein zu befehlen. Selbst als Kötter auf seine Würde als Vorsitzender des Gewerksvereins pochte, erhielt er das Wort nicht, zum Gardinen der Amnesen. Das sind in der Tat niedliche Dinge, die sich innerhalb des Zentrumsgewerkvereins abspielen. Unwillkürlich wird man dabei an die Zeit erinnert, wo Rust noch der Allgemeine im Zentrumsgewerkverein war und sein Töchterchen, ebenfalls mit Disziplinewalt ausgestattet, unumstrickt über die Angestellten zu herrschen suchte und diese, wenn sie sich weigerten, nach ihrer Peife zu langen, mit der Drohung zur Kasten drohte: Ich werde es Papa sagen, wenn er kommt. Wir haben für heute keine Kasten, es weiter in die häuslichen Zwistigkeiten der Zentrumsschriften hineinzumischen und enthalten uns daher jedes weiteren Kommentars.

Guten. Wer treibt das Verbrechen die Lokale ab? Eines der schändlichsten und erbärmlichsten Mittel, den Gegner zu bestimmen, ist, denselben die Kartei abzutreten. So erklärte der Zentrumsgeordnete Giesberts in einer Versammlung in Bochum, als unser Kamerad Hu in der Diskussion unter anderem ansäumte, dass ihn als Abgeordneter des Kreises in ganz Bochum kein Lokal zur Verfügung stand, um zu seinen Wahlern sprechen zu können. Wir waren Giesberts nur voll zuversichtlich: Schämmstoff und erbärmlich ist es, den Gegner durch Abtreten der Lokale mundtot zu machen. Wer hat aber diejenigen, die nach Giesberts so schämmstoff und erbärmlich dem Gegner gegenüber handeln? — Es sind die Parteidienste Giesberts, nicht nur im Zentrum, sondern auch im südlichen Gewerkschaftslager. Wir haben das nicht einmal, sondern zweimal festgestellt und der Niederrheinische Polizeiprzess hat das ja auch zur Freiheit bewiesen. Fest steht aber auch weiter, dass in

den Domänen der christlichen b. h. Zentrumsgewerkschaften und des Bergbaus dem Bergbau systematisch die Lokale abgetreten werden. Im ganzen Volkspark, Essener und Mecklenhauser Revier hat der Bergbau mit wenigen Ausnahmen nirgends ein Lokal. Das sind aber gerade die Reviere, wo das Zentrum und die Zentrumsgewerkschaften dominieren. Daher kannen wir den direkten Beweis führen, dass bei Abtreten der Lokale die Zentrumsgewerkschaften ihre Hand im Spiele haben. Es würde jedoch zu weit führen und hätte auch keinen Zweck, wenn wir hundertmal Beweis hier wiederholen wollten, denn die Zentrumsgewerkschaften werden, davon sind wir überzeugt, auch in Zukunft durch Sozialabteilung, nach Giesberts die Schnapphälften und erbärmlichsten Mittel, uns mundtot zu machen suchen. Die Zentrumsgewerkschaften fürchten die Wahrheit, wie ein gebrauchtes Kind das Feuer, und um die Wahrheit zu unterdrücken, greift man zu den nach Giesberts Schnapphälften und erbärmlichsten Mitteln. Ein besonders drastischer Fall wird uns jetzt wieder von Herren der Konferenz. Schon diese Woche hat unsere Zahlstellen in Herren kein Verfassungskloster und keine Befreiung der Witte. Die Witte, erklärt hat durchweg, dass sie bereit seien, dem Verband ihr Lokal zu übertragen, wenn der christliche Gewerkschaftsbund Zimmermann damit einverstanden sei. Als unsere Kameraden nun an Zimmermann herantraten, erklärte ihnen dieser, das direkt er nicht, da mache er erst den Gewerkschaftsvorstand in Essen befragt, ob der damit einverstanden sei. Auf Drängen unserer Kameraden, doch selbst eine Spiegelversammlung abzuhalten, schrieb Zimmermann nach seiner Angabe an den Gewerkschaftsvorstand erhebt aber eins abzählige Antwort. Der Gewerkschaftsvorstand teilte Zimmermann nach dessen Angabe mit, dass in Herren überhaupt keine Versammlung stattfinden dürfe. Der Zentrumsknappen wird aber noch wie vor behaupten, dass weder der Gewerkschaftsvorstand noch seine Leute mit den Saalabteilungen etwas zu tun hätten.

Horst-Giescher. Der „Zentrumsknappen“ als Fälscher der Wahrheit. In seiner Nummer 28 von 1908 brachte der „Zentrumsknappen“ eine Notiz unter Horst-Giescher deren Schluss folgendermassen lautet:

„Wir sind im Besitz eines Mitgliedsbuches eines Verbündeten, der 25 Monate Beiträge bezahlt und doch keine Marke gefehlt hat. Er hat nach seiner Angabe auch keine erhalten, was sagen denn die hiesigen Verbandsgründen dazu?

Durch diese Notiz hielten sich unsere Kameraden R. und G. von Horst-Giescher beleidigt und strengten gegen den „Zentrumsknappen“ Klage an. In der ersten Verhandlung wurde der verantwortliche Redakteur Kürup zu 20 Mt. und Tragung der Kosten verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde von Seiten der Zentrumsschriften Berufung eingelegt und in der erneuten Verhandlung kam dann ein Vergleich zu Stande, der auf Seite des Verlagten Kürup innerhalb 8 Tagen im „Zentrumsknappen“ und in der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden sollte. Dieser übernommene Verpflichtung kam der „Zentrumsknappen“ aber erst nach als er von den Rechtsanwälten Justizrat Dr. Walsch I und Dr. Walsch II, Vertreter unserer Kameraden, unter dem 9. Juli durch folgenden eingeschriebenen Brief dazu aufgefordert wurde:

„Herr Redakteur Kürup Essen-Nruh.

In Sachen Hildebrand und Kratowezky haben Sie genauso Vergleich vom 20. April d. J. u. a. die Verpflichtung übernommen, innerhalb acht Tagen auf Ihre Kosten, sowohl im „Verglappen“ in der Abteilung „Aus dem Vereinsgebiet“ als auch in der „Bergarbeiter-Zeitung“ folgende Erklärung veröffentlicht zu lassen:

„Ich kann den in Nummer 28 des „Verglappen“ dem Bergmann Hildebrand und dem Zeitungsboten Kratowezky gemachten Vorwurf nicht aufrecht erhalten und habe sie nicht beledigen wollen.

Da Sie dieser Verpflichtung bis heute nicht nachgekommen sind, fordern wir Sie als Vertreter der Privatläger hierdurch auf, die veröffentlichte Erklärung innerhalb drei Tagen verlassen zu wollen, widrigesfalls wir die gesetzten Schritte gegen Sie unternehmen.“ Also am 29. April kommt der besagte Vergleich zu Stande und erst nach mehr als zwei Monaten kommt der „Zentrumsknappen“, nachdem die Vertreter der Privatläger ihn hierzu schriftlich anfordern, seinen übernommenen Verpflichtungen nach. Das ist auch ein Süßchen Chrelität, wie sie nur beim „Zentrumsknappen“ heimisch ist. Um sich nun möglichst glücklich aus der jedenfalls unangenehmen Situation herauszuminden, bringt der „Zentrumsknappen“ Zusätze aus dem Verhandlungsprotokoll. Nachdem uns jetzt von unseren Kameraden das Protokoll der Verhandlung ebenfalls zugestellt worden ist, konnten wir feststellen, dass der „Zentrumsknappen“ sich hierbei einer Lüftung schuldig gemacht hat und zwar hat er folgende Stelle einfach unterschlagen:

„In diesem Buch (gemeint ist ein vorgelegtes Mitgliedsbuch) ist durch Einschieben von Marken für die Zahlung der Beiträge nur für die Zeit vom April 1902 bis 1903 autorisiert. Diese Marken verlieren aber jeden Wert, da in dem Buch die Jahreszahlen 1900 und 1901 sind diese Zahlen in 1902 und 1903 geändert. Bei diesen Änderungen vorgenommen hat, konnte nicht festgestellt werden, sodass dieses Quittungsbuch für die Frage was gezahlt und was quittiert ist nicht verwertet werden kann.“

Diese Stelle im Verhandlungsprotokoll hat der „Zentrumsknappen“ wie gefragt, einfach unterschlagen, und noch dadurch einer Fälschung schuldig gemacht. Warum wohl?? Ist der Zweck aber nicht durchaus durchsichtig? Verleumde mir feste drauf los, etwas bleibt doch hängen.“ Das heint das Leitmotiv des „Zentrumsknappen“ zu sein. Wer aber, so fragen wir, hat das Mitgliedsbuch gefälscht? Doch es unsere Kameraden nicht gewesen sein können, ist vom Gericht ausdrücklich festgestellt worden. Wer ist also der Fälscher? Es wäre für uns außerordentlich interessant, wenn uns der „Zentrumsknappen“ auf diese Frage eine Antwort geben würde.

Sprockhövel. An dem Riederrücken der Arbeiterbestrebungen scheinen sich jetzt, nach Zusammenwohnung des nationalen Blocks, der Vorstand des Kriegervereins von Nieder- und Obersprockhövel beteiligen zu müssen. Bisher ist das friedliche Einvernehmen durch die Zugehörigkeit zum Verband der Bergarbeiter in dem Kriegerverein nicht gefüllt worden. Im Juni 1907 erhielten ungefähr 50 Bergarbeiter vom Vorstand des Kriegervereins ein Schreiben mit der Aufforderung, aus dem Verband der Bergarbeiter auszutreten, andernfalls ihre Mitgliedschaft im Kriegerverein am 5. Juli erloschen sei. Hierauf beantragten unsere Kameraden eine Generalversammlung des Vereins, um eine Aussprache mit dem Vorstand herbeizuführen. Stattdessen aber dem Wunsch der Arbeit folge zu geben, erhielten die Kameraden (anstatt vom Vorstand des Vereins), ein Schreiben von dem dort amtierenden Amtmann mit folgendem Vorwort:

„Sprockhövel, den 25. Juli 1907.

An Herrn — — — in Sprockhövel.

Nach Beobachtung mit dem Vorstande des hiesigen Krieger- und Unterstützungsvereins, beräume ich hierdurch eine Versammlung für diejenigen Mitglieder des letzteren, welche dem Deutschen Berg- und Hüttarbeiterverband angehören, behufs Besprechung auf Sonntag, den 4. August, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal des Kriegervereins bei Friedrich vom Hagen herzlichst an, zu der ich Sie ergebenst einladen.“

Das kann es recht sein, wenn die Aussmeiungen der Gewerkschaftler aus den Klimawerken erfolgen. Nur so klarer können es die Arbeiter verstehen, was es heißt, wenn sie in solchen Versammlungen als „Kamerad“ angerufen werden. Nur dann sind die Arbeiter Kameraden, wenn sie sich willens ausbauen lassen. Vertreten sie aber gemeinschaftlich ihre Interessen, wie es die Unternehmertum tun, dann ist die friedliche Harmonie aus. Das aber ein Amtmann als Vertreter der Gemeinde sich herbeilässt, den Willen einzelner Personen im Kriegerverein verwirklichen zu helfen, ist uns unverständlich. Hätten doch die Bürger, insbesondere der Amtmann als Vertreter der Gemeinde allen Grund, die Bergarbeiter im Kampfe um ein besseres Knapphafstatut zu unterstützen und den Zusammenschluss zu fördern, damit nicht bei der Zivilisierung der Bergarbeiter auch Armeunterstützung von der Gemeinde gezahlt zu werden braucht. Oder sind die Steuern von 31 Proz. für Riedersprockhövel und 40 Proz. für Ober-sprockhövel noch nicht genug? Oder haben die beiden Gemeinden durch das Zechenlegen noch nicht genug gelitten? Ansicht aber gegen Kapitalisten gemeinschaftlich vorzugehen, welche die Christen ganzer Gemeinden in Frage stellen, zieht man es vor, im Interesse jener Leute Zersplitterung zwischen Arbeitern und Bürgern hervorzurufen, damit sie nicht zum Nachdenken über das vernichtende Treiben des Großkapitals kommen. Wir haben das nicht einmal, sondern zweimal festgestellt und der Niederrheinische Polizeiprzess hat das ja auch zur Freiheit bewiesen.

Bergarbeiter-Zeitung

der Organisation treten zu können. Da heißt er eben auf Granit. Trotzdem schon so viele Ausschüsse aus den Kriegervereinen erfolgt sind, schreitet der Verband in seiner Entwicklung zügig vorwärts.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.
Bergarbeiter-Delegiertenkonferenz des Brandenburger Braunkohlenreviers.

Erschienen waren sämtliche Delegierten aus der ganzen Niedersachsen. Vor Eintritt in die Tagessitzung gab der Bezirksleiter Weißart bekannt, dass die Herren Bergräte habe sich entschuldigt, an der Konferenz nicht teilnehmen zu können. Als Vertreter des Vorstandes war Konrad Sachse erschienen, welcher zur Reform des Knapphafstatuts sprach und besonders tadelte, dass der Entwurf zum neuen Knapphafstatut noch nicht ausgegeben sei. In der Knapphafstatutfrage seien wir gegen Sachsen 28 Jahre zurück. Auch muss ein Reichsbergebot geschaffen werden, da wohl vom preußischen Gesetz eine Freizügigkeit garantiert wird, aber in den Ländern Deutschlands keine Anwendung findet. Nach eingehender Debatte, nachdem noch viele wichtige Angelegenheiten besprochen waren, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige, am 11. August, in Konrad's Lokal in Gütersloh tagende Delegiertenkonferenz der Vertreterleute des Brandenburger Braunkohlenreviers spricht ihr tieftes Bedauern darüber aus, dass die Verwaltung des Brandenburger Knapphafstatutvereins den neuen Entwurf des am 1. Januar 1908 in Kraft tretenden Knapphafstatut noch nicht fertiggestellt und den Knapphafstatutmitgliedern zur Begutachtung und Beratung unterbreitet hat. Die Konferenz erachtet den Vorstand genannten Knapphafstatutvereins, diese Unterlassung schlemmig nachzuholen, damit die Mitglieder den Entwurf in Versammlungen besprechen und eventuell auch noch Anträge rechtzeitig stellen können. Die Konferenz erwartet vom Vorstand der Kasse, dass er in dem neuen Statut das Kranken- und Invalidengeld erhöht, ebenso die Witwen- und Witwerrente, damit mit den Bezügen besser auskommen ist wie bisher. Ferner ersuchen wir, alle Vertreterwahl auf Grund geheimer Wahl aller volksreihigen Mitglieder vorzusehen und dem Arbeiter volle Gleichberechtigung in der Stoffenverwaltung zu garantieren und alle Wahlperioden nur auf zwei Jahre auszudehnen. Desgleichen soll bei gleichzeitiger Zahlung anderer Renten, namentlich der Unfall- und Alterskündigungen keine Aufrechnung der Knapphafstatutrenten mehr erfolgen. Die Konferenz hofft auf Begeisterung vorliegender Wünsche und ersucht um Beschleunigung der Angelegenheit.“

Zum Punkt 2: Stand der Wohnbewegung und Wirtschaftsstand im Braunkohlenrevier, referierte Kamerad Weißart. Nach eingehender Debatte wurden von den Delegierten folgende Forderungen in Vorschlag gebracht und einstimmig angenommen!

1. a) Einführung einer neunstündigen Schichtzeit ins. einer halbstündigen Pause. Als Einführungstermin ist der 1. Oktober festgelegt.
- b) Bei den Fabrikarbeitern ist bei einer zwölfstündigen Schichtzeit eine zweistündige Pause einzuhalten.
- c) Überstunden und Überarbeiten sind zu vermeiden und nur bei Gefahr von Leben und Gesundheit oder zur Sicherung des Betriebes zulässig.

2. a) Für sämtliche Dienst- und Tagearbeiter ist eine 15 prozentige Zulage zu gewähren. Bei schlechten Arbeiten soll der Lohn nicht unter 4,00, bei den Schleppern nicht unter 4,20 Mt. betragen.

b) Für sämtliche Fabrikarbeiter, Handwerker und Stationswärter, welche auf dem Werk beschäftigt werden, soll ebenfalls 15 Prozent Zulage eingeführt werden. Der Lohn der volljährigen Arbeiter soll nicht unter 3,50 Mt. betragen. Für jugendliche soll der Lohn nicht unter 3,00 Mt. betragen. Für jugendliche von 18 bis 18 Jahren nicht unter 3,00 Mt. betragen.

c) Abschaffung der Brünnengedinge.

d) Bezahlung aller Nebenarbeiten, wie Schienenlegen, Holzstellen, Plattenlegen usw.

e) Abtötung der Wohnzählung. Der Lohn soll am Freitag ausgezahlt werden. Die Arbeitsordnung ist entsprechend abzuändern.

3. Aufhebung der Sperrze.

4. Holz ist in genügender Menge an die Endstationen zu liefern.

5. Für gutes frisches Trinkwasser hat die Grube sowie Fabrik zu sorgen.

6. Ausreichende Badeanstalten und Waschküchen sind einzurichten. Wenn der Badebetrieb weiter als 10 Minuten von der Fabrik entfernt ist, sind auch dort Badeanstalten zu errichten.

7. Bessere Transportmittel für Verleger und Kräfte.

8. Humanen Behandlung der Arbeiter von Seiten der Beamten.

9. Volle Vereinigungsfreiheit der Arbeiter in den Kolonien.

Vor Berichtsständen, die länger wie eine halbe Stunde dauern, sollen die Arbeiter in Schichten bezahlt werden. Auf diese Wohnzählung dürfen keine Maßregelungen stattfinden.

Am 31. August wird die Antwort auf diese Forderungen erwartet und wird in einer Konferenz am 1. September dann über die eventuelle Antwort beraten werden.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Zaborze. Am 4. August feierte hier der reichste Knapphafteine ein Fest, um der Welt zu befürben, dass der Bergmann auch ohne den Bergarbeiterverband lustig leben kann. Die ausserwählisten Mitglieder sind die Aufseher oder die es noch werden wollen, trotzdem die Not auch in ihren Höfen ankommt. Auch sind es solche, die schon allen Parteien in ihrem Leben angehört

Lohnbewegungen und Streiks.

Erfolge des Bergarbeiterverbandes.

Wie wir schon in voriger Nummer kurz mitteilten, traten am 7. August auf Zeche Friesch Glück bei Einne die in unserm Verband organisierten Schlepper in den Ausstand, die nach zweitägiger Dauer mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter endete. Die Ursache des Ausstandes war das herausfordernde Verhalten einzelner Beamten den Arbeitern gegenüber und die Reduzierung des Gedinges von 18 auf 12 Pf. pro Wagen. Besonders soll es Steiger Schäfer sein, der seinen Eifer als Beamter mehr in der Unrempelung der Arbeiter als in der Befreiung von Missständen befindet. Auch scheint dem Manne der Bergarbeiterverband recht schwer im Wagen zu liegen, ist er doch der Meinung, daß der Bergarbeiterverband nur die Leute — verderbe! Dieser „gute“ Geist des Herrn Schäfer scheint auch nicht ohne Einfluss auf den Betriebsführer gewesen zu sein, glaubte man es sich doch gestatten zu können, das Gedinge der Förderleute, wie gesagt, von 18 auf 12 Pf. pro Wagen herabzusetzen. Doch hatten Herr Schäfer mit dem Betriebsleiter hierbei die Rechnung ohne das Solidaritätsgefühl der vom Bergarbeiterverband verordneten Arbeiter gemacht. Die Förderleute legten einstimmig die Arbeit nieder und die Bauer lehnten, trotz aller Versprechungen seitens der Beamten, Streikarbeit energisch ab. So hielt es denn die Verwaltung für geraten, am zweiten Tage den Arbeitern entgegenzukommen. Nicht nur inuxde der Gedinge ab zu ziehen, sondern das frühere Gedinge wurde noch um zirka 2 Pf. pro Wagen im Durchschnitt angehoben. Auch gab die Verwaltung das Versprechen, daß Maßregelungen nicht erfolgen sollen. Ein schöner Erfolg, den die Kameraden erzielt haben. Mögen dieselben aber auch als reine Mitglieder im Verbande Wahl halten, damit die Verwaltung auch nicht das Halten der Versprechungen vergibt, oder sich später davon zurückzieht. Seid eingedenkt der Tatsache, daß ihr diesen Erfolg nur durch Einigkeit und als organisierte Arbeiter errungen habt. Besonders gehörte den Bauern für ihre manhaft bekrundete Solidarität volle Anerkennung. Dieses Beispiel sei aber auch allen Kutterarbeitern auf den anderen Werken zur Beachtung und Nachahmung empfohlen. Herr Schäfer wollen wir noch ins Stammbuch schreiben, daß die Arbeiter seiner früheren Stellung ihm keine Träne nachgeweint haben. Wenn Herr Schäfer den Wunsch hat, auch die hohen Löhne der Förderleute, von denen er immer redet, zu verdauen, so kann er das leicht haben! Er braucht ja nur seinen Steigerposten und Steigergehalt mit dem Förderwagen und dem Förderbediente zu vertauschen und es ist ihm geholfen. Wir würden durchaus nicht neidisch sein. Wir ersuchen ihn aber, doch das Ansehen alter erfahrener Bergarbeiter und die Kinderrechte gegen den Verband zu unterlassen. Wir lassen ja jeden seine Meinung und auch Herr Schäfer mag persönlich über den Verband urtheilen wie er will. Sein Kenntnis als Persönlichkeit aber erfordert es, daß, wenn er über den Verband sprechen will, er sich nicht Kenntnis von dem Wesen der Arbeiterbewegung verschaffen möch, sonst werden die Arbeiter schließlich auch auf ihn das Wort an: „Ein jeder blaunt sich so gut er kann.“

Der Streik auf Zeche Augusta bei Leonberg (Oberpfalz) hat nach fünfzehntägiger Dauer am 10. August einen für die Arbeiter günstigen Abschluß gefunden. Der Streik ist nur entstanden, weil die Vertreter von vornherein jedes Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber ablehnten. Mit allen Mitteln hat man es dann ver sucht, Zwieträcht unter die Streitenden zu bringen, die Herren gesellschaftlich und wettlichen Standes rebeten, als ihre Voraussetzung und Voraussetzung verlangten, von sozialdemokratischer Verherrigung, vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverband und dergl. Bei ihrem Sprachorgan hatten die Herren den „heiligsten“ Regensburg-Berichter gestimmt; darum wurde den Arbeitern über ihre glänzende Lage, über die gewaltig gestiegenen Löhne, über die Wohlthaten der letzten Jahrzehnte das Glück vom Himmel herunter vorgekündet. Aber alle diese Wünsche und Kinderwünsche verfestigten die Solidarität der Streitenden war dadurch nicht zu erschüttern. Obgleich die Unternehmer sich von Anfang an, wie gesagt, aus ihren Herrenstandspunkten versteiften und jedes Entgegenkommen ablehnten, bliebten sie sich doch, als die Einigkeit der Arbeiter durch nichts zu erschüttern war, ordentlich bewegen, einzuleiten. In der erneuten Verhandlung am 6. August mit den Vertretern der Arbeiterschaft kam dann nach langen Verhandlungen eine Einigung zustande und ist am 12. August die Arbeitsniederlegung aufgezogen worden. Die Verhandlungen fanden unter Mitwirkung des Königl. Berginspektors von Bayreuth statt. Die Arbeiter waren durch eine technische Kommission und durch unseren Bezirksleiter Strasser vertreten. Die getroffenen Vereinbarungen sind im nachstehenden Protokoll festgelegt.

Protokoll.

Ausgenommen am 6. August 1907 im Bureau der Oberpfälzer Braunkohlen-Gewerkschaft Haibach in der Sache betreffend Arbeitsniederlegung der Bergbaufirma auf Grube Augusta bei Haibach.

Gegenwärtig:

Müller, lgl. Berginspektor, Burglengenfeld; Nothaas, lgl. Berginspektor, Bayreuth; Friedrich, Protokollsführer. Auf Antrag des Bezirksleiters des neutralen Gewerkschaftsverbandes — Abteilung deutscher Bergarbeiter in Bayreuth — hr. Strasser in Bayreuth, wurde auf heutige Termin zur Beilegung der Differenzen zwischen der Werksleitung und der Bergbaufirma vom lgl. Bezirksamt Burglengenfeld übernommen.

Hierzu hat sich auf besondere Einladung Herr Berginspektor Nothaas von Bayreuth eingefunden.

Die Gewerkschaft war vertreten durch Herrn Steiner von Neugersburg und Betriebsführer Hillert von Haibach.

Als Vertreter der Bergarbeiter waren außerdem außer dem Bezirksleiter Strasser: Josef Högl, Kesselheizer, Johann Schneider, Vollhäuser, Johann Kraus, Maschinenvorarbeiter, Wilhelm Büttelen, Schlepper, Josef Jäger, Vollhäuser, J. Wein, Vollhäuser, J. Windisch, Vollhäuser. zunächst wurde vom lgl. Bezirksamt Müller und Berginspektor Nothaas, von den zur Beilegung des Streiks bereit gesetzten Verhandlungen insbesondere von dem am 9. Juli 1907 von der Berginspektion Bayreuth ausgenommenen Protokoll Kenntnis gegeben.

Hierzu wurde selbstgestellt, daß die erschienenen Arbeitervertreter von den übrigen streitenden Arbeitern Vollmacht zu ihrer Vertretung haben.

Des weiteren wurde von den Vertretern der Gewerkschaft und den Arbeitervertretern erklärt, daß außer den im gegenwärtigen Protokoll berührten Fragen weitere Differenzenpunkte nicht bestehen. Nach längeren und eingehenden Verhandlungen kam zwischen den Vertretern der Gewerkschaft und der Arbeiterschaft nachstehende Vereinbarungen zustande:

1. Die Altkordäze werden festgesetzt für Wölfstecken 3,75 Mt. Preß ein Schlepper nicht vollständig ausgenutzt wird, soll er entsprechend ausreichend Lohn erhalten.

2. Für gejähmte Strecken bis zu 100 Meter, per Meter 4 Mt., von 100 bis 200 Meter 4,50 Mt. und über 200 Meter 5 Mt. und zwar für Metertassen.

3. Das Wagengedinge im Abbau und in den Abbaustrecken 48 Pf. pro Wagen.

Das Holzgerüste wird weiter bezahlt; dagegen wird das Auszimmern nicht mehr besonders vergütet.

Eine Tafel wird in der Zechenstube aufgehängt, an welcher von jedem Arbeitsort täglich die Anzahl der geförderten Wagen von jedem Ort angezeichnet werden.

Um der gleichen Tafel wird an jedem Dienstag für die vorangegangene Woche die Anzahl der von jedem Ort herauftageslagenen Meter angekündigt.

Die Ausfälle der Metergedinge werden auf Antrag in Gegenwart der Bergarbeiter in der Mitte des Gefanges festgestellt.

Überstunden werden zu 1/2 des festgelegten Schichtlohnes, ausgelöhnt. Die Schichtlohn, welche zugleich als Mindestlohn zu gelten haben, werden festgesetzt wie folgt:

1. Vollhäuser pro Schicht 3,30 Mt.

2. Lebhauer 3

3. Schlepper über 18 Jahre 2,50—2,80

Für Schlepper unter 18 Jahren bleibt die Entlohnung der Verbindung der Grubeunterhaltung mit den Arbeitern vorbehalten.

4. Für Kesselheizer pro Schicht 2,50 bis 3,30 Mt. nach Leistungsfähigkeit. Die bereits beschäftigten Kesselheizer werden in vier Wochen nach Leistungsfähigkeit ausgetestet.

Kesselheizer werden zu 20 Proz. vergütet.

Reparaturarbeiten über Tage werden an Samstagen mit 50 Proz. vergütet.

5. Für Maschinenvorarbeiter für die Schicht 2,50 bis 3,20 Mt. nach Leistungsfähigkeit.

Die Lohnabstufe und Tagarbeit erhalten in vier Wochen 10 bis 20 Pf. Aufbesserung nach Leistungsfähigkeit pro Schicht. Die Arbeiter erklären sich bereit am nächsten Montag 12. August die Arbeit wieder aufzunehmen.

Erfolgt am nächsten Montag die Wiederaufnahme der Arbeit nicht, so hält sich die Grubenverwaltung an diese Vereinbarungen nicht für gebunden und betrachtet das Arbeitsverhältnis mit den in Aussicht befindlichen Arbeitern mit allen rechtlichen Folgen für gelöst.

In übrigen wird durch vorstehende Vereinbarung die Abmachung durch die Königl. Berginspektion Bayreuth vom 9. Juli nicht verhindert. Eine Maßregelung wegen der Arbeitsniederlegung findet nicht statt.

ges.: Steiner, Direktor; Strasser, Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes; Schneider, Werkleiter und Vertrauensmann; Jäger, Josef; Büttelen, Wilhelm; Wein, Johann; Kraus, Johann; Friedrich; Windisch, Josef; Hiller, Betriebsleiter; Hartl; Nothaas, lgl. Berginspektor; Müller, lgl. Bezirksamt Mann.

Dieser schöne Erfolg ist umso höher zu bewerten, als die Oberpfalz auch in wirtschaftlicher Beziehung zu den ältesten und ständigen Revieren zählt, Jahrzehnte lang haben die Arbeiter gebündigt ihr Doch getragen, ohne sich dagegen aufzuhören. Über der Krug geht solange zu Wasser, bis er bricht, das zeigt sich auch hier. Für die Bergarbeiter der Oberpfalz war es der erste Kampf und, daß dieser Kampf gleich von Erfolg gekrönt war, ist jedenfalls ein gutes Zeichen. Jetzt heißt es für die Bergarbeiter weiter kämpfen, die Organisation auszubauen und damit die Grundlage legen, nicht nur um den gehabten Erfolg zu sichern, sondern auch zu späteren weiteren Erfolgen zu gelangen.

Die Zwicker Grubenproben an der Arbeit.

Über das ablehnende prozessuale Verhalten der Grubengewaltigen im Zwicker Revier und besonders über die unerhörten Vorgänge auf den Grubengruben führt die Arbeit niedrig ist doch getragen, ohne sich dagegen aufzuhören. Über der Krug geht solange zu Wasser, bis er bricht, das zeigt sich auch hier. Für die Bergarbeiter der Oberpfalz war es der erste Kampf und, daß dieser Kampf gleich von Erfolg gekrönt war, ist jedenfalls ein gutes Zeichen. Jetzt heißt es für die Bergarbeiter weiter kämpfen, die Organisation auszubauen und damit die Grundlage legen, nicht nur um den gehabten Erfolg zu sichern, sondern auch zu späteren weiteren Erfolgen zu gelangen.

Kann ist die Versammlung, in welcher die Zwicker Bergarbeiter beschlossen, die Lohnbewegung vorläufig zu vertagen, vorüber, so sangen die Grubenproben schon wieder an, nächstes als jüngstes Haupt zu erhalten, oder sich später davon zu trennen. Seit eingedenkt der Tatsache, daß ihr diesen Erfolg nur durch Einigkeit und als organisierte Arbeiter errungen haben. Besonders gehörte den Bauern für ihre manhaft bekrundete Solidarität volle Anerkennung. Dieses Beispiel sei aber auch allen Kutterarbeitern auf den anderen Werken zur Beachtung und Nachahmung empfohlen. Herr Schäfer wollen wir noch ins Stammbuch schreiben, daß die Arbeiter seiner früheren Stellung ihm keine Träne nachgeweint haben. Wenn Herr Schäfer den Wunsch hat, auch die hohen Löhne der Förderleute, von denen er immer redet, zu verdauen, so kann er das leicht haben! Er braucht ja nur seinen Steigerposten und Steigergehalt mit dem Förderwagen und dem Förderbediente zu vertauschen und es ist ihm geholfen.

So wurde dieser Tag kurzerhand auf einem Werke die Arbeitszeit durch Anschlag von zehn auf zwölf Stunden verlängert, ohne zuvor mit der Belegschaft oder doch wenigstens, wie solches erwartet werden könnte, mit dem Arbeiterausschuß zu verhandeln. Von anderen Werken wiederum wird gemeldet, daß zum Teil sogar großflächig, was geschwadrig ist, vor Dertern mit 30 Grad Celsius gearbeitet wird. Die Grubenproben pfeifen auf das Gesetz, sie machen ihre Gezeuge selbst und wenn ein Arbeiter widerstrebt, den gesetzwidrigen Anforderungen folgt zu leisten, er — siegt! — Die Grubenproben bestimmen über ihre Arbeiter wie in früheren Jahren die Vorräte über die Lohnstufen bestimmten.

Nun, die Beratung über den neuen Berggesetzentwurf der sächsischen Regierung im kommenden Landtag wird Gelegenheit geben, den Prothespunkt der Zwicker Grubenmagistrate einmal in das richtige Licht zu rücken.

Dass der „Zentrumsknappe“ die Gelegenheit für günstig hält, dem Verband eins auszuwischen, braucht bei seinem pathologischen Charakter und den Erfahrungen, die ihn bewegen, nicht Wunder zu rühmen. Mit schelmischen Augenverdrehen verbreitete er, nachdem er über den Voithinger Streit allerlei ungerechtes Zeug zusammengefasst hat, folgenden steinerweichenden Satz:

„Freuen können wir uns aber über die schwere Niederlage des Verbandes nicht, sind es doch unsere armen Arbeitgeber im Zwicker Revier, die die Folgen zu tragen haben. Ihnen hätten wir gern einen Erfolg gegönnt, wenn auch Bergbauführer unserer Mitglieder eine Niederlage im Kampf mit den Unternehmern gönnen. Uns steht aber das Arbeitersinteresse höher.“

Dass Heucheln ist, wie man sieht, dem „Zentrumsknappen“ wie das Lügen und Verdrehen zur zweiten Natur geworden. Während jedes Beiles seines Artikels Genugtuung über die angebliche Niederlage des Verbands nimmt, redet er von armen Arbeitsschäden. In seinem Artikel Atenzuge unterstreicht er den Verbandsleiter, daß für sich über Niederlagen christlicher Arbeitnehmer freut. Wie die Verhältnisse einmal liegen, ist diese Unterstellung des „Zentrumsknappen“ eine Blasphemie. Warum es denn nicht gerade die Bergbauführer, die bei allen Gelegenheiten für ein brüderliches Zusammengehen eutreten? Warum es dagegen nicht gerade die angeblich christlichen Führer, die überall an allen Gelegenheiten gegen eine Einigung der Arbeiter eiferten? Hat man nicht selbst eine von Imbusch unterschriebene Broschüre herausgegeben nur um die Einigung der Bergarbeiter zu verhindern? Ist es nicht gerade der Beruf dieser sogenannten christlichen Führer, die Berplitterung der Arbeiter systematisch zu betreiben und es zu keiner Einigung kommen zu lassen? Sind es nicht gerade diese sogenannten christlichen Führer, welche die künftigen Gegenseiter, den natürlichen Gegenseiter gibt es nicht, zwischen den Arbeitern gewerksmäßig schaffen und zu erwidern suchen? Auf all diese Fragen wird uns ja der „Zentrumsknapp“ die Antwort, dessen sind wir gewiß, schuldig bleiben: Wir nehmen ihm das, weil wir seinen frankhaften Gustaus und seine eigentümliche Lage, die diesen Zustand bedingt, kennen; auch gar nicht traurig, sondern erfreuen ihm Generalsabsolution. Niemand kann die Schädlichkeit der Arbeitersplittierung besser beweisen, wie es der „Zentrumsknapp“ täglich selbst tut. Damit hilft er aber, gegen seinen Willen zwar, die fortwährende Erkenntnis fürdern, daß es im großen Befreiungskampf der Arbeitnehmer trennende Momente gibt. So untergräbt der „Zentrumsknapp“ selbst seine Position, die künftig geschafft und hochgehalten wird, vor der Macht der Tatsachen auf die Dauer nicht standhalten kann. Wir können ihn darum auch nicht böse sein, sondern nur um seine Scheuerlosigkeit bemitleiden, ist er doch nur ein Teil jener Macht, die das Böse will und dadurch das Gute schafft.

Hannover. Am 11. August fand in Hannover eine Kaliarbeiterkonferenz statt, welche durch Delegierte von 28 Kaliwerken vertreten wurden und zwar aus Hannover, Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg, um zur Lohnfrage und Lage der Kaliarbeiter im allgemeinen Stellung zu nehmen. Als Vertreter des Vorstandes unseres Verbandes war Kamerad Hoffmann, Bochum, erschienen. Zu Punkt 1. Lohnfrage referierte Kamerad E. Graf, Sangerhausen. Er erinnerte daran, daß in früheren Jahren die Grubenverwaltungen sich den Arbeitern gegenüber unnahbar gezeigt hätten. Die Lohnforderungen seien fast stets abgelehnt worden. Nachdem infolge der Berggesetzmöglichkeit die Arbeiterschlüsse gebildet worden seien, wurden diese von den Grubenverwaltungen, in denen Beamte der Bergarbeiterausschüsse, welche unter Aufsicht der Bergverwaltung bestehen, gewählt werden müssen, seien zur Schutze für die Bergarbeiter gewählt worden. Die Bergarbeiterausschüsse, welche unter Aufsicht der Bergverwaltung bestehen, werden die Bergarbeiterorganisation zu verhandeln, lehnten die Bergarbeiterverwaltung ihren Anspruch jedoch ab. Mit dem Bergarbeiterausschuß der Bergarbeiterorganisation zu verhandeln, ist dies den Bergarbeiterverwaltungen nicht möglich, da die Bergarbeiterausschüsse, welche unter Aufsicht der Bergverwaltung bestehen, nicht bestimmt werden können.

Berchtesgaden. In einer Prozeßangelegenheit werden alle, denen der jegige Aufenthalt der Mäggers und des Fräns Eisko, früher Bergarbeiter, zugeschlagen, verurteilt. Sie sind sofort an den ersten Vertrauensmann abzugeben.

Verbandsmitglieder. welche mindestens 52 Wochen Mitglied sind und krank seien, haben sich nach Ablauf der ersten 14 Tagen Krankenzeit unter Vorliegen des Mitgliedsbuches und Krankenscheines bei ihrem Vertrauensmann zu melden.

Vom Jahrgang 1906 der „Bergarbeiter-Zeitung“ ist die Nummer 5 vollständig vergriffen. Da wir jedoch mindestens zwei Exemplare der Nummer zum Einbinden gebrauchen, bitten wir die Kameraden, welche noch im Besitz dieser Nummer sind, uns dieselbe zu senden.

Den Beziehern des „Na-Zdar“ zur Kenntnis, daß, derselbe jeden zweiten, dritten und vierten Mittwoch im Monat in Wittenberg erscheint. Wir sind erst Freitag im Beiz des selben. Der Bergarbeiter kann also immer erst in der dem Erscheinungszeitraum folgenden Woche mit den Zeitungspäckchen geschehen. Dann weisen wir aber noch darauf hin, daß, wie den „Na-Zdar“ besieht, die „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht erhält.

Der Kamerad Robert Kreßhauer, früher Rothensbach i. Schl., zuletzt in Neumühl, wird um Anfang seiner Adresse erachtet. Kameraden, die die Adresse des Kameraden Kreßhauer wissen, bitten wir um Angabe derselben.

Oberhausen. In einer Prozeßangelegenheit werden alle, denen der jegige Aufenthalt der Mäggers und des Fräns Eisko, früher Bergarbeiter, zugeschlagen, verurteilt. Sie sind sofort an das Arbeiterssekretariat der Bergarbeiterorganisation zu verhandeln. Es handelt sich um eine im Interesse der Bergarbeiter liegende Sache.

Stiepel. Den Mitgliedern unserer Zahlstelle zur Kenntnis, daß der Zeitungsbote E. C. in man am 1. August an, keine Zeitungen mehr einzukaufen, sondern derselbe trägt nur die Zeitungen für die ganze Zahlstelle. Zum Einkaufserfolg des Beizes sind sechs Viertelklassierer eingekauft worden, welche regelmäßig alle 14 Tage die Mitglieder aufsuchen. Wir ersuchen die Mitglieder, dieses zu beachten und den Viertelklassierern unruhige Wege zu ersparen.

Achtung! **Rechtschuldbureau Marxloh.** Achtung! Vom 1. September ab wird nur noch jede Woche einmal Rechtschuldbuch verteilt und zwar je ein Dienstag von vormittags 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr.

Zahlstellen der Bezirke Dortmund und Eichlinghausen.

Das Arbeiterssekretariat Dortmund hat jüngst seinen 5. Jahresbericht herausgegeben und können unsere Mitglieder denselben zum Preise von 10 Pf. pro Exemplar durch unsere Zahlstellenverwaltungen beziehen.

An die Mitglieder der Zahlstelle Hausham.

Um wieder Ordnung in unserer Bibliothek zu schaffen, werden die Kameraden dringend aufgefordert, die entstiegenen Bücher so bald als möglich an den Vertrauensmann abzuliefern, sowie diejenigen, welche Vereinsbücher weitergeleihen, dieselben ebenfalls zur Stelle zu bringen. Die Bibliothek befindet sich z. B. beim Vertrauensmann und werden auch Bücher sowie Schriften zur Bergförderung derselben mit Dank angenommen. Fortsetzt der Vertrauensmann diejenigen Kameraden, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, dringend auf, im Interesse einer ordentlichen Abwicklung der Geschäfte, ihre Pflicht zu erfüllen. Die Restanten schaden sich selbst.

Suderwick. Den Kameraden zur gefälligen Kenntnis, daß im Monat August eine Frankopendientmarke gelesen werden soll. Da dieser Beiz der Zahlstelle auch vom Vorstand genehmigt ist, ist jedes Mitglied moralisch verpflichtet, eine solche Marke, a 16 Pf., zu kündigen. Ferner ersuchen wir alle Mitglieder, im Monat September der Zahlstelle ein neues Mitglied zuzuführen.

Groppenbrücke.

Die Ausszahlung der Frankenunterstützung findet

